

03.06



EU-RUNDSCHREIBEN

herausgegeben vom Deutschen Naturschutzring (DNR) e.V.

**Widerstand gegen Gentechnik wächst
Ökobilanz von Biokraftstoffen umstritten
Finanzierung von Natura 2000 weiter schwierig
Neue Richtlinie für den Hochwasserschutz**

und weitere Beiträge zur Umweltpolitik auf europäischer und internationaler Ebene

EU-RUNDSCHREIBEN

herausgegeben vom Deutschen Naturschutzring (DNR) e. V.

EU-Rundschreiben

Umweltpolitik auf europäischer und internationaler Ebene
Jahrgang 15 (2006), Heft 03
ISSN 1861-0064

Herausgeber

Deutscher Naturschutzring,
Dachverband der deutschen Natur- und
Umweltschutzverbände (DNR) e.V.

Redaktion

DNR Geschäftsstelle Berlin/ EU-Koordination und Internationales

Grünes Haus, Prenzlauer Allee 230,
10405 Berlin
Nika Greger (ng), Bjela Vossen (bv),
Marion Busch (mbu), Tinka Lutz (tl),
Deborah Bernsdorf (db), Thomas
Frischmuth (tf), Christina Drees (cd),
Ulrike Tröger (ut), Matthias Bauer (mb),
Juliane Grüning (jg)
Tel. 030 / 443391-81, -86, Fax -80
eMail: juliane.gruening@dnr.de
Internet: www.dnr.de/eur
www.eu-koordination.de

DNR Geschäftsstelle Bonn

Am Michaelshof 8-10, 53177 Bonn
Tel. 0228 / 3590-05, Fax -96
eMail: info@dnr.de, Internet: www.dnr.de

Abonnement

Abo-Verwaltung: Thomas Kreuzberg,
Geschäftsstelle Bonn (s. o.)
eMail: thomas.kreuzberg@dnr.de
Preise: siehe 3. Umschlagseite, vergüns-
tigte Abos bitte in der Redaktion erfragen

Technik

Satz: DNR Redaktionsbüro, Berlin
Druck: Druckerei Eberwein, Bonn

Gastbeiträge

Artikel aus Verbänden und Forschung
sind willkommen. Die Redaktion muss sich
Kürzung und redaktionelle Bearbeitung
von Beiträgen vorbehalten. Mit Namen
gezeichnete Beiträge geben nicht unbeding-
t die Meinung der Redaktion bzw. des
Herausgebers wieder. Redaktionsschluss
ist jeweils der 15. des Vormonats.

Copyright

Die Urheberrechte liegen beim Herausge-
ber. Einzelne Artikel können nachgedruckt
werden, wenn die Quelle angegeben wird.

„Corporate Europe“ nimmt Gestalt an

Liebe Leserinnen und Leser,

mit einer neuen „Hochrangigen Gruppe“ will die EU-Kommission die Wettbewerbs-, Energie- und Umweltpolitik enger miteinander verzahnen und ein stabileres und besser vorhersehbares Regulierungsumfeld für die europäische Industrie schaffen. Doch Vertreter/innen aus den Umweltverbänden und eine Reihe von Mitgliedern des Europäischen Parlaments haben die Berufung und das Mandat dieser Beratergruppe scharf kritisiert.

Die Gruppe ist extrem unausgewogen zusammengesetzt und gibt Industrievertretern und Wirtschaftsministern den Vorzug. Der nicht besonders starke EU-Kommissar Stavros Dimas ist der einzige „Umweltpolitiker“ in der Runde. Die Umweltverbände EEB und WWF sind zwar mit je einem Vertreter dabei, doch die Liste der anderen Teilnehmer liest sich wie das Who's Who des Kampfes gegen verbindliche Umweltverpflichtungen und Klimaschutzmaßnahmen: Zement- und Aluminiumindustrie sitzen hier gemeinsam mit Siemens, Dow Chemical und anderen Energiegroßabnehmern am Tisch.

Neben den Wirtschafts- und NGO-Vertretern besteht die Gruppe aus den Kommissaren Verheugen (Industrie), Kroes (Wettbewerb), Piebalgs (Energie) und Dimas (Umwelt) sowie vier Ratsmitgliedern - den Wirtschaftsministern Martin Bartenstein (Österreich), Michael Glos (Deutschland), Alan Johnson (Großbritannien) und Mauri Pekkarinen (Finnland). Teilnehmen sollten auch noch vier Abgeordnete des Europäischen Parlaments, die allerdings wegen der Proteste gegen die „zu wirtschaftslastige“ Gruppe noch nicht nominiert wurden.

Auf ihrem ersten Treffen am 28. Februar einigten sich Mitglieder der Gruppe bereits auf vier Themenbereiche, die bearbeitet werden sollen: Die Funktionsweise der Energiemärkte, den EU-Emissionshandel und seine Überprüfung, die Wettbewerbsfähigkeit der energieintensiven europäischen Wirtschaftszweige sowie Energieeffizienz.

Wie nicht anders zu erwarten, begrüßten der Arbeitgeberverband Unice und der Verband europäischer Chemikalienhersteller Cefic die Initiative ausdrücklich. Und

auch John Monks, Chef des Europäischen Gewerkschaftsbundes (EGB), sprach sich für die Weiterarbeit aus. Begründung: Europa brauche eine Energiepolitik aus einem Guss.

Dabei ist vieles noch völlig im Unklaren, gerade was die Arbeitsweise und die Kompetenzen der Gruppe angeht. Inwiefern greift eine so hochrangig besetzte Gruppe zum Beispiel in die üblichen Entscheidungswege der EU ein und ersetzt diese am Ende sogar? Was passiert mit den Dokumenten, die diese sehr politische Gruppe erarbeitet - werden sie der Öffentlichkeit zur Verfügung gestellt? Oder werden im stillen Kämmerlein Entscheidungen getroffen und abgenickt von einer kleinen Gruppe von fast nur Männern, die in ihrer Zusammensetzung nicht demokratisch legitimiert ist?

Bisher konnte die EU-Kommission - und allen voran Präsident Barroso und sein Vizepräsident Verheugen - nicht deutlich machen, mit welchem Ziel, Mandat und Anspruch die geladene Gruppe anreten soll. Die im Vorfeld sowohl vom Parlament als auch von Nichtregierungsorganisationen geforderten Veränderungen an der Zusammensetzung hat die EU-Kommission bis heute ignoriert - und auch der Rat will weiterhin nur Wirtschafts- und Handelsminister entsenden.

Doch nicht einmal die Wirtschaft selbst ist ausgewogen vertreten. Unternehmen aus dem Bereich Erneuerbare Energien und Energieeffizienz fehlen genauso wie klein- und mittelständische Firmen, Finanzdienstleister und Versicherungen. Auch den Rat von Wissenschaftlern, Verbraucher- oder Gesundheitsorganisationen scheint nicht mehr gefragt zu sein. Das alles sind klare Indizien dafür, dass vor allem Vizepräsident Verheugen mit der Gruppe sein gutes Verhältnis mit der europäischen Großindustrie weiter pflegen und verbessern möchte.

Die Industrie wird die kleine Runde mit Sicherheit nutzen, um gegen progressive Dossiers vorzugehen und weitere Abschwächungen durchzusetzen - etwa beim EU-Emissionshandel für energieintensive Industrien. Stattdessen wird es weitere „freiwillige Vereinbarungen“ geben, beispielsweise zu der längst überfälligen Senkung der CO₂-Emissionen im Verkehr.

Umwelt, Naturschutz und Gesundheit bleiben voraussichtlich auch bei der neuesten Klügelrunde auf der Strecke, mit der die EU ein Stück weiter von Demokratie, Transparenz und Bürgernähe wegrutscht.

Nika Greger, DNR Berlin, Leiterin EU-Koordination

2 Impressum

3 Editorial

- „Corporate Europe“ nimmt Gestalt an

5 Global

- UN-Konferenzen: Chemikalien und Energie
- Korruptionsbekämpfung: Kein Thema in deutschen Medien

7 EU-Politik, Recht

- Parlament will Verfassung ab 2009
- Verhandlungen über Finanzplanung
- Lissabon-Strategie: DNR kritisiert Fortschrittsbericht
- EuGH-Urteil zum Chemikalienhandel diskutiert
- Newsticker

9 Abfall, Produktpolitik

- Debatte um Batterie-Richtlinie
- Elektroaltgeräte: Probleme bei Richtlinien-Umsetzung
- Bündnis gegen Urwaldvernichtung

11 Agrarpolitik, Gentechnik

- Studie: EU benachteiligt Ökolandbau
- Nachhaltiger Anbau vergrößert Ernte
- Plädoyer für altes Gentechnikgesetz
- Widerstand gegen Gentechnik wächst
- Kampagne für „Terminator“-Verbot
- WTO-Urteil im Gentech-Streit

22 Chemikalien, Emissionen

- Fünf Jahre REACH: Umsonst?
- Umweltausschuss: Strenger gegen Quecksilber vorgehen
- Quecksilberverbot in Thermometern
- Neue Höchstgehalte für PCBs

17 Energie, Klima

- Österreich: Umweltgerechtere Wohnungsbauförderung
- Heizen und Kühlen mit Erneuerbaren
- 2005: Rekordjahr für Windenergie
- Umfrage: 80 % für Erneuerbare
- Ökologische Folgen von Biokraftstoff
- Schweden will völlig weg vom Öl
- Neue Daten bestätigen Klimawandel
- Neuer Klimaschutz-Index
- Schärfere Standards für F-Gase
- Newsticker

22 Naturschutz, Biodiversität

- Donaudelta: Landschaft des Jahres 2007/2008
- Probleme bei Finanzierung von Natura 2000 und LIFE+
- Deutschland erfüllt FFH-Richtlinie
- Impfdebatte wegen Vogelgrippe
- Agrar-Umwelt-Programme ineffektiv für Biodiversität
- Mehr Forschung soll Biodiversitätsverlust stoppen
- Tierschutz-Aktionsplan angenommen
- Newsticker

Neuer Service

Hintergrundinformationen zu den Tagesordnungen der EU-Ministerräte

Die EU-Koordination des Deutschen Naturschutzrings möchte Sie auf einen neuen Service aufmerksam machen.

Mit kurzen Hintergrundinformationen wollen wir Sie über umweltrelevante Themen auf den Tagesordnungen der verschiedenen EU-Ministerratsitzungen und der halbjährlichen Gipfeltreffen des Europäischen Rates informieren.

Wenn Sie Interesse haben diese digitalen Hintergrundinformationen zu erhalten, wenden Sie sich bitte an

Christina Drees
Tel. 030 / 443391-38
eMail: eur3@dnr.de

Wir freuen uns auf Ihre Rückmeldung!

26 Verkehr, Tourismus

- Luftfahrtindustrie will expandieren
- Frachtverkehr: Meer statt Autobahn
- Aktionsprogramm Binnenschifffahrt
- Newsticker

28 Wasser, Meere

- Neue Richtlinie für Hochwasserschutz

29 Service

- Publikationen, Informationsquellen
- EU-Umwelt-Termine
- Wegweiser: EU, UN

Sonderheft

- EUR-Sonderheft: Waldpolitik (separate Heftung)

UN-Konferenzen zu Chemikalien und Energie

180 Staaten verhandelten in Dubai

Der österreichische Umweltminister Josef Pröll als Vertreter des EU-Ratsvorsitzes und Umweltkommissar Stavros Dimas für die EU-Kommision haben gemeinsam an einer Reihe von Umweltkonferenzen teilgenommen, die unter der Schirmherrschaft der Vereinten Nationen in Dubai (Vereinigte Arabische Emirate) stattfanden. Im Mittelpunkt stand das Globale Umweltministerforum vom 7.-9. Februar, bei dem es sich gleichzeitig um eine Sondersitzung des UNEP¹-Rates handelte.

Die UN-Konferenzen, an denen Umweltminister (u.a. der deutsche Bundesminister Sigmar Gabriel) und hohe Beamte aus mehr als 180 Ländern teilnahmen, sollten die globale Nachhaltigkeitsagenda voranbringen. Die Schwerpunktthemen waren Chemikalienmanagement und Energie, aber auch Ökotourismus und globaler Umweltschutz.

Bewegung in der globalen Chemikalienpolitik

Im Vorfeld war auf einer internationalen Konferenz über Chemikalienmanagement ebenfalls in Dubai die Grundlage für ein weltweites Chemikalienmanagement gelegt worden, so dass im Anschluss ein besonderer Schwerpunkt der Gespräche auf der endgültigen Einigung über das „Strategische Konzept für ein internationales Chemikalienmanagement“ (SAICM) lag. SAICM soll zu einer besseren Risikobewertung von Chemikalien, einer einheitlichen Kennzeichnung sowie einer Lösung für veraltete und deponierte Produkte beitragen.

Hilfe für Afrika bei Chemikalienabbau

Viele afrikanische und andere Entwicklungsländer sind infolge schwacher Importkontrollen und fehlender Gesetze in den letzten Jahrzehnten mit gefährlichen Chemikalien überschwemmt worden. Weniger als fünf Prozent dieser Chemikalien sind bis jetzt abgebaut worden. Das hat nicht nur Auswirkungen auf die Gesundheitssituation, sondern trägt zu einer Verschlechterung der Umweltsituation in diesen Ländern bei.

Ein durch die Zusammenarbeit von Organisationen, Institutionen, dem Privatsektor

und anderen Initiativen erstelltes Programm soll bei der Reduzierung und Beseitigung giftiger Stoffe helfen. Weitere Ziele sind ein besseres Gesundheitssystem, Umweltmanagement und -sicherheit sowie Armutsbekämpfung.

SAICM: Breiter Ansatz

SAICM bezieht nicht nur Chemikalien in Landwirtschaft und Industrie, sondern auch Haushaltschemikalien und Biozide mit ein. UNEP-Direktor Klaus Töpfer bezeichnete das Übereinkommen als einen Wendepunkt im Umgang mit Chemikalien. Der breite Ansatz von SAICM zeige, dass die bisherige Vorgehensweise, immer nur bestimmte Chemikaliengruppen zu behandeln, nicht praktikabel gewesen sei. Auch die EU hatte sich seit Beginn der Verhandlungen für diesen breiten Ansatz eingesetzt.

140 Unterzeichnerstaaten für SAICM und Aktionsplan

Minister und hochrangige Politiker aus 140 Staaten verständigten sich in Dubai auf das Strategische Konzept für ein internationales Chemikalienmanagement. SAICM soll zur Einhaltung der 2002 beim Johannesburg-Weltgipfel beschlossenen Ziele führen. Danach sollen bis 2020 die nachteiligen Effekte aller Chemikalien auf die menschliche Gesundheit und die Umwelt minimiert werden. Vor allem in Entwicklungs- und Schwellenländern sollen die Standards im Umgang mit Chemikalien den strengeren Regelungen in den Industriestaaten angeglichen werden. Ein SAICM-Aktionsplan benennt dazu über 300 verschiedene Aktionen vorrangig zum Aufbau von Kapazitäten und technischer Zusammenarbeit in Entwicklungs- und Schwellenländern.

Schwierigkeiten bei den Verhandlungen

Es war extrem schwierig, eine Übereinkunft zu erreichen, und bis zuletzt war unklar, ob eine Einigung überhaupt möglich ist. Die Entwicklungsländer forderten möglichst weit reichende Unterstützungszusagen und wollten eigene Maßnahmen zur Verwirklichung von SAICM an die Bedingung externer Hilfen knüpfen. Sie begrüßten den Vorschlag der EU zur Einrichtung eines „Schnellstartprogramms“, bezweifelten aber die ausreichende Verfügbarkeit von Ressourcen für die längerfristige Umsetzung. Dass die Gespräche über die Neudotierung der Globalen Umweltfa-

zilität GEF ins Stocken geraten sind, war ihnen zusätzlich Anlass zur Besorgnis.

Die USA versuchten vor dem Hintergrund ihrer aktuellen Handelsstreitigkeiten mit der EU erfolglos zu verhindern, dass SAICM als Richtschnur für die Auslegung rechtsverbindlicher Übereinkünfte herangezogen wird. Die EU konnte den Geltungsbereich von SAICM weiter ausdehnen, so dass er über Agrar- und Industrie-Chemikalien hinaus geht und auch Haushaltsprodukte und Biozide erfasst. Sie hat daneben betont, dass bei der Gefahr ernster oder irreversibler Schäden Vorsichtsmaßnahmen zum Schutz der menschlichen Gesundheit nicht allein auf Grund fehlender wissenschaftlicher Gewissheit unterlassen werden sollten.

In Genf wird nun ein Chemikaliensekretariat eingerichtet. Ferner ist eine Steuerung und Überwachung des SAICM-Prozesses durch UN-Nachfolgekonferenzen vorgesehen. Diese Konferenzen (ICCM 2-5) sollen in den Jahren 2009, 2012, 2015 und 2020 stattfinden.

NGOs: Kein Grund zum Feiern

Umweltverbände begrüßen das Übereinkommen, sind aber über den Inhalt von SAICM enttäuscht. Das International Chemicals Secretariat sagte, man habe keinen Grund zum Feiern, aber immerhin gebe es nun eine globale Strategie. Der WWF bezeichnete das Übereinkommen als einen wichtigen Schritt, auch wenn SAICM in vielen Bereichen hinter den Erwartungen zurückbleibe.

Zweites Hauptthema: Energiepolitik

Die künftige Energiepolitik stand ebenfalls auf der Tagesordnung der Sondersitzung in Dubai. Dabei ging es vor allem um die Verbesserung der Zugangsmöglichkeiten der armen Bevölkerung zu Energiedienstleistungen (eines der Millenniumsziele der UN) sowie die Steigerung der Energieeffizienz und die verstärkte Nutzung erneuerbarer Energien, um so Treibhausgasemissionen zu verringern und die Versorgungssicherheit zu erhöhen. Einen weiteren Schwerpunkt bildeten saubere und innovative Technologien.

Minister diskutieren ohne Ergebnis - Töpfer mahnt Energiewende an

Der scheidende UNEP-Chef Klaus Töpfer warnte die internationalen Vertreter/innen auf der Welt-Umweltministerkonferenz in seiner Schlussrede noch einmal vor den

¹ United Nations Environment Programme - Umweltprogramm der Vereinten Nationen

Folgen des Energiekonsums, wie er heute praktiziert wird. Der derzeitige Konsum sei nicht nachhaltig und der Planet und die Menschen zahlten einen hohen Preis für die Ineffizienz, sagte Töpfer.

Die Diskussionen zum Thema Energie blieben auf der dreitägigen Konferenz jedoch ohne Resultat. (ut, db, ng) ■

• Weitere Informationen

Quellen:

Environment Daily 2035, 9.2.2006
Environment Daily 2037, 13.2.2006
www.europa.eu.int/rapid (Reference IP/06/115, 3. Februar 2006)
www.europa.eu.int/rapid (Reference IP/06/129, 7. Februar 2006)

Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit,
www.bmu.de

SAICM Webpage:
www.chem.unep.ch/saicm
African Stockpiles Programme
www.africastockpiles.org
www.chem.unep.ch/ICCM/ICCM.htm

Korruptionsbekämpfung in Deutschland kein Thema

Top Ten der in den Medien am meisten vernachlässigten Nachrichten gewählt

Wie in jedem Jahr hat die Initiative Nachrichtenaufklärung eine Rangliste der in Deutschland am meisten vernachlässigten Themen und Nachrichten für das Jahr 2005 veröffentlicht. Auf der Basis aller Vorschläge, die sowohl von Medienschaffenden, gesellschaftlichen, wissenschaftlichen und politischen Institutionen als auch von interessierten Bürger/innen eingereicht werden konnten, entschied eine Jury über die Rangliste der Top-Themen und -Nachrichten, die ihrer Meinung nach stärkerer Aufklärung bedürfen.

Pestizid-Reimport, Gen-Saat im Irak, Grüner Punkt, fehlende Energiewende

- Umwelt relevant sind vor allem die Plätze:
3. Der Pestizid-Bumerang: Die verbotenen Gifte kommen zurück
 4. Strategie der Abhängigkeit: Irakische Bauern müssen Lizenzgebühren für Saatgut zahlen
 6. Fehler im System: Wie der "Grüne Punkt" ausgehebelt wird
 7. Deutschland verschläft die Energiewende
 9. Schmutzige Kredite aus Deutschland zerstören die Umwelt in Sibirien

In allen Bereichen, befand die Jury, werde zu wenig über Hintergründe und Gefahren berichtet. Zwar lese man beispielsweise immer wieder von zu hohen Pestizidmengen in Obst oder Gemüse - dass diese Pestizide allerdings in Deutschland verboten sind, jedoch weiter hier hergestellt und ins Ausland verkauft und dann mit den Lebensmitteln wieder re-importiert werden, sei kaum ein Thema.

Korruptionsbekämpfung durch die UNO - Deutschland ist nicht dabei

Der diesmalige Spitzenreiter ist die Korruptionsbekämpfung durch die UNO - bei der Deutschland nicht beteiligt ist. Als die UN-Konvention gegen Korruption am 14. Dezember 2005 in Kraft trat, hat Deutschland nicht mit ratifiziert. Die Konvention verbietet Politiker/innen jegliche Annahme von Präsenten und Annehmlichkeiten und macht eine schärfere strafrechtliche Verfolgung möglich. Vorteilsnahme wird bei deutschen Bundestag Abgeordneten bislang nur dann strafrechtlich verfolgt, wenn der Verkauf einer Stimme bei einer Abstimmung nachgewie-

sen werden kann. Nach Ansicht von Korruptionsbekämpfern könnte mit einer Umsetzung der Konvention der zentrale Schwachpunkt in den deutschen Anti-Korruptions-Bestimmungen beseitigt werden.

Sachverhalt & Richtigkeit

In der vergangenen Legislaturperiode hatte Bundesjustizministerin Brigitte Zypries erste Versuche unternommen, die UN-Konvention gegen Korruption in nationales Recht umzuwandeln. Nach Angaben der zuständigen Referentin im Ministerium wurden diese Überlegungen aber aufgegeben, nachdem „Gespräche im vorparlamentarischen Raum“ ergeben hätten, dass sich keine Mehrheit im Bundestag finden lasse. In der neuen Legislaturperiode wolle das Ministerium jedoch einen weiteren Anlauf zur Ratifizierung unternehmen. Gleiches wird auch von der SPD-Fraktion bekräftigt.

Deutschland im Kampf gegen Korruption unter EU-Durchschnitt

Deutschland ist keineswegs Spitzenreiter im Kampf gegen Korruption. Der Korruptionsindex von Transparency International für 2004 weist Deutschland auf Platz 15 aus - und damit unter dem Durchschnitt der EU-Staaten. Dafür machen Korruptionsexperten auch die schwachen strafrechtlichen Regelungen im Fall von Abgeordnetenbestechung verantwortlich. Die Umsetzung der UN-Konvention gegen Korruption wäre Transparency zufolge eine Möglichkeit diese Missstände zu korrigieren. Dass der Deutsche Bundestag dies nicht tut und die UN-Vorgaben ignoriert, sei eine Berichterstattung wert, so die Einschätzung der Initiative Nachrichtenaufklärung. (ng) ■

• Weitere Informationen

Initiative Nachrichtenaufklärung, Prof. Dr. Horst Pöttker, Universität Dortmund, Institut für Journalistik, 44221 Dortmund
Tel. 0231 / 755-2827, Fax -5583
eMail: info@nachrichtenaufklaerung.de
www.nachrichtenaufklaerung.de

United Nations Convention against Corruption
www.unodc.org/unodc/en/crime_convention_corruption.html

Europäisches Parlament will Verfassung ab 2009

Vertrag von Nizza keine zukunftsfähige Grundlage

Wie das EU-Parlament im Januar mitgeteilt hat, soll die Europäische Verfassung 2009 in Kraft treten. Der derzeit geltende Vertrag von Nizza bilde „keine zukunftsfähige Grundlage für die Weiterführung des europäischen Integrationsprozesses“. Mit einer Verfassung jedoch könne es ein neues Maß an Offenheit, Pluralismus und demokratischer Legitimität geben. Zudem bilde sie die Grundlage für eine zukünftige Erweiterung.

Aus Fehlern lernen

Nach dem Scheitern der Verfassungsreferenden in Frankreich und den Niederlanden 2005 hat der Europäische Rat eine so genannte Reflexionsphase ausgerufen. Für ein Wiederaufleben des Verfassungsprojekts, so das Parlament, sei eine breite öffentliche Debatte über die Zukunft der europäischen Integration nötig. Nationale und regionale Parlamente sollten sich genauso beteiligen wie die Zivilgesellschaft, Gebietskörperschaften, Wissenschaft und die Medien. Dafür plant das EU-Parlament gemeinsam mit den nationalen Parlamenten die Ausrichtung von „Parlamentarischen Foren“. Ein erstes interparlamentarisches Forum soll im Frühjahr 2006 stattfinden. Des Weiteren schlägt das Parlament vor, so genannte „Bürgerforen“ auf nationaler, regionaler und lokaler Ebene einzurichten.

Das Parlament hat außerdem die Veröffentlichung von „Europapapieren“ zu jedem großen EU-Thema angekündigt, die als gemeinsame europäische „Schablone“ für die nationalen Debatten verwendet werden können. (db) ■

• Weitere Informationen

Europäisches Parlament, Informationsbüro für Deutschland, Unter den Linden 78, 10117 Berlin
Tel. 030 / 2280-1000, Fax -1111
www.europarl.de

Verhandlungen über EU-Finanzplanung bis 2013

Parlament lehnt Gipfel-Kompromiss ab

Das Europäische Parlament, die EU-Kommission und der Ministerrat haben im Januar Verhandlungen über die „Finanzielle Vorausschau 2007-2013“, den langfristigen Finanzplan der EU, begonnen. Das Parlament hatte den Finanzkompromiss des Europäischen Rates der Staats- und Regierungschefs vom Dezember abgelehnt und Nachbesserungen angemahnt. Ein EU-Haushalt, der Wohlstand, Wettbewerbsfähigkeit, Solidarität und Sicherheit für die Zukunft gewährleisten soll, sei in der Form nicht möglich, so die Parlamentarier/innen. Statt der vom Parlament geforderten 975 Mrd. Euro hatten sich die Regierungschefs auf ein Haushaltsvolumen von nur 852 Mrd. Euro geeinigt.

Das Parlament kritisierte auch die Übereinkunft des Europäischen Rates, den Fokus auf die traditionellen Politikbereiche zu legen und nicht auf solche, in denen die EU neue Herausforderungen bewältigen und einen „europäischen Mehrwert für die Bürger entwickeln kann“. Zudem sei die Reduzierung der Mittel für Wettbewerbsfähigkeit, Wachstum, Beschäftigung, Sicherheit und Recht sowie externe Maßnahmen unannehmbar.

Kommission will schnelle Einigung

Ziel der Österreichischen Ratspräsidentschaft ist es nun, das Finanzpaket bis April zu verabschieden. Auch die EU-Kommission setzt sich für eine schnelle Einigung ein. Der Kommissionsvorschlag beinhaltet die Forderung nach mehr Flexibilität für die künftigen Haushalte, die Etablierung von Grundvorschriften für den neuen Europäischen Globalisierungsfonds sowie eine umfassende Überprüfung des EU-Haushalts in den folgenden Jahren. Ohne eine Einigung auf den siebenjährigen Finanzrahmen wäre die Finanzierung von vielen EU-Programmen ebenso gefährdet wie die Austeilung von fast der Hälfte aller EU-Haushaltsmittel. (db, tf) ■

• Weitere Informationen

Europäisches Parlament, Rue Wiertz, B-1047 Brüssel
Tel. 0032 2 / 2842111
Fax 0032 2 / 2306933
www.europarl.eu.int
Weitere Quelle:
www.eu-kommission.de/html/presse

„Nachhaltige Energiepolitik“ neu in der Lissabon-Strategie

DNR kritisiert EU-Fortschrittsbericht über Wachstum und Arbeitsplätze

Am 25. Januar hat die EU-Kommission in ihrem ersten Jahresfortschrittsbericht zur überarbeiteten Lissabon-Strategie begrüßt, dass alle 25 EU-Regierungen so genannte Nationale Reformprogramme (NRP) erstellt haben. Die wichtigsten nun umzusetzenden Schwerpunkte der Programme für mehr Wachstum und Wettbewerb sind Ausgabenkürzungen bei den öffentlichen Haushalten sowie die Förderung von Infrastrukturmaßnahmen, Forschung und Beschäftigung.

Die Leiterin der EU-Koordination des DNR Nika Greger kritisierte, der Bericht sei „noch immer weit davon entfernt, die wichtige Rolle der europäischen Umwelt- und Naturschutzpolitik anzuerkennen“. Die Kommission habe sich aber immerhin dafür entschieden, eine effiziente, sichere und nachhaltige Energiepolitik als eine der vier Prioritäten in die Lissabon-Strategie aufzunehmen.

Kommissionspräsident Barroso forderte zusätzlich die EU-Staats- und Regierungschefs auf, im Bereich der Energiepolitik auf steuerliche und andere Anreize zu setzen, um eine nachhaltige Energiepolitik zu unterstützen und um Forschung in den Bereichen Energieeffizienz sowie saubere und erneuerbare Energien voranzutreiben. (tf) ■

• Weitere Informationen

Europäisches Umweltbüro (EEB), John Hontelez, Boulevard de Waterloo 34, B-1000 Brüssel
Tel. 0032 2 / 289 1091
eMail: hontelez@eeb.org
www.eeb.org

NRP-Bewertung durch die Kommission:
www.europa.eu.int/growthandjobs/national-annexes_en.htm

EU-Umweltrecht künftig von Handelspolitik abhängig?

EuGH-Urteil zum Chemikalienhandel im Umweltausschuss diskutiert

Im Umweltausschuss des Europäischen Parlaments haben Expert/innen über ein neues Urteil des Europäischen Gerichtshofs vom 10. Januar diskutiert, das sich mit der rechtlichen Basis der Gesetzgebung zur so genannten Rotterdam-Konvention zum internationalen Handel mit gefährlichen Chemikalien befasst.

In dem Urteil ging es um die Frage, auf welcher rechtlichen Grundlage die aus der Umsetzung der Rotterdam-Konvention entstandenen Gesetze beruhen. Während das Parlament und auch der Ministerrat die Gesetze als Teil der europäischen Umweltgesetzgebung (nach Art. 175) begreifen, widersprach die EU-Kommission, das Übereinkommen sei ein Instrument zur Regelung des internationalen Handels mit bestimmten gefährlichen Chemikalien und hätte daher unter die Gemeinsame Handelspolitik (Art. 133) fallen müssen.

Der EuGH hatte geurteilt, dass beide rechtlichen Grundlagen von dem globalen Handel mit gefährlichen Chemikalien betroffen seien und Anwendung bei der Umsetzung finden müssten.

Muss die Binnenmarktpolitik bei neuen Umweltgesetzen Beachtung finden?

Unklar ist nun, wie die rechtliche Grundlage für eine Reihe von weiteren Gesetzesvorlagen in der EU geregelt werden könnte. Vor allem geht es um zwei Gesetze zu fluoridierten Treibhausgasen (F-Gase) und um die Altbatterie-Richtlinie, wo der Rat zum Entsetzen des Parlaments neben der Umwelt- auch die Binnenmarktpolitik (Art. 95) betroffen sah, das Parlament sich aber auf Artikel 175 allein beruft.

Relevant sind diese Fragen vor allem, weil sie die jeweiligen Einflussmöglichkeiten der einzelnen EU-Institutionen betreffen. Im Umweltbereich stehen dem Europäischen Parlament durch das Mitentscheidungsverfahren sehr viel mehr Kompetenzen zu.

Die im Umweltausschuss geladenen Expert/innen sprachen im Hinblick auf mögliche Konsequenzen des EuGH-Urteils auf die geplante EU-Umweltgesetzgebung von großen Unterschieden zwischen der Rot-

terdam-Konvention und den genannten anstehenden Gesetzesentwürfen.

Die EU-Kommission will nun die Rotterdam-Konvention mit dem EuGH-Urteil in Einklang bringen und die derzeit bestehenden Probleme der Industrie ausräumen. (ut) ■

• Weitere Informationen

Europäisches Parlament, Ausschuss für Umweltfragen, Volksgesundheit und Lebensmittelsicherheit, Rue Wiertz 60, B-1047 Brüssel
Tel. 0032 2 / 284-2111, Fax -9014

Urteil des EuGH
<http://curia.eu.int>
(Rechtssache C-94/03)

Quelle: Environment Daily, 24.1.2006

Newsticker

EU-Kommission definiert Ausnahmen für Umweltverträglichkeitsprüfungen

Die EU-Kommission hat die 20 Jahre alte Richtlinie über die Umweltverträglichkeitsprüfung (EIA¹) bei bestimmten öffentlichen und privaten Projekten jetzt an einer Stelle klargestellt: Die Richtlinie erlaubt bei der Planung und Durchführung von bestimmten Projekten von einer EIA abzuweichen; eine genaue Definition enthält sie aber nicht. Die EU-Kommission definiert nun, dass Ausnahmen dann möglich sind, wenn Projekte „besonders dringend“ sind, d.h. wenn aufgrund des Aufschubs durch die EIA die menschliche oder die „nationale Sicherheit“ gefährdet wäre. Auch Wiederaufbaumaßnahmen nach zerstörerischen Naturereignissen, die der Wiederherstellung von Lebensräumen bedrohter Arten dienen, sollen von einer EIA ausgenommen werden. Die Definitionslücke in der Richtlinie wurde bisher nur selten in Anspruch genommen. (ut)
Quelle: Environment Daily 2031 3.2.2006
EIA-Richtlinie: www.europa.eu.int/eur-lex/85/337/EWG

Ombudsmann fordert öffentliche Ministerrats-Tagungen

Die Öffentlichkeit soll mehr Einblick in die Diskussionen des Europäischen Parlaments bekommen. Dies hat der EU-Ministerrat im Dezember angekündigt. Vorangegangen war ein Sonderbericht des Europäischen Bürgerbeauftragten P. Nikiforos Diamandouros, in dem er den Ministerrat aufforderte, seine ablehnende Haltung gegenüber öffentlichen Sitzungen im Gesetzgebungsprozess zu überdenken. Generell begrüßte der Ombudsmann die Entscheidung und nannte sie einen Schritt in die richtige Richtung. Allerdings sollen bisher nur Diskussionen im Rahmen des Mitentscheidungsverfahrens öffentlich werden. Eine endgültige Entscheidung des Parlaments steht noch aus. (db)

www.euro-ombudsman.eu.int
Sonderbericht (PDF-Download, 160 kB):
www.euro-ombudsman.eu.int/special/pdf/de/032395.pdf

¹ Environmental Impact Assessment

Debatte um Batterie-Richtlinie

Ministerrat lehnte weiter gehende Parlaments-Vorschläge ab

Der EU-Ministerrat wird voraussichtlich die meisten Änderungsvorschläge des Europäischen Parlaments für den Entwurf der Richtlinie über Batterien und Altbatterien ablehnen, so dass der Vermittlungsausschuss einberufen werden muss (EUR 02.06, S. 19). Die Richtlinie regelt Sammlung, Rücknahme, Recycling und Finanzierung des Abfallmanagements von Altbatterien unterschiedlicher Typen. Außerdem enthält sie ein Verbot bzw. eine Beschränkung der Anwendung der Schwermetalle Quecksilber und Kadmium in neuen Batterien.

Die Parlamentarier/innen hatten letztes Jahr im Dezember in zweiter Lesung beschlossen, die Recycling-Rate von 50 auf 55 Prozent aller Industrie- und Autobatterien anzuheben. Sie forderten zudem eine geschlossene Kreislaufwirtschaft für Blei und Kadmium aus Industriebatterien und Akkus. Weitere Forderungen waren unter anderem das grundsätzliche Verbot der Deponierung von Altbatterien und die verpflichtende Rücknahme von Batterien durch den Handel.

Gegenwärtig wird die Position der Regierungen für den Vermittlungsausschuss erarbeitet, dessen endgültiger Entwurf dann vom Ministerrat angenommen werden muss. Mit der Vorlage ist in den nächsten Wochen zu rechnen. Ein Knackpunkt ist vor allem das vom Parlament geforderte Verbot von Kadmium-Batterien. (ut) ■

• Weitere Informationen

Europäisches Umweltbüro (EEB), Melissa Shinn, Referentin für Abfall-/Produktpolitik, Boulevard de Waterloo 34, B-1000 Brüssel
Tel. 0032 2 / 289-1300, Fax -1099
eMail: melissa.shinn@eeb.org
www.eeb.org

Quelle: Environment Daily, 19.1.2006

Probleme bei Umsetzung der WEEE-Richtlinie

Richtlinie für Elektro- und Elektronik-Altgeräte soll geändert werden

Bei einer Anhörung im Umweltausschuss des Europäischen Parlaments hat die EU-Kommission mögliche Änderungen an der Richtlinie für Elektro- und Elektronik-Altgeräte (Waste Electrical and Electronic Equipment - WEEE 1) angekündigt. Der Grund sind die Schwierigkeiten bei der Umsetzung in den Mitgliedstaaten.

Einheitlicher EU-Mechanismus fehlt

Bisher existiert kein einheitlicher EU-weit gültiger Mechanismus, wie das in der Richtlinie enthaltene Verursacherprinzip über nationale Grenzen Anwendung finden kann. Außerdem mangelt es an einem einheitlichen Verfahren, mit dem die verschiedenen nationalen Register von Produzenten erstellt und angeglichen werden sollen. Daraus könnten, so die Befürchtungen der EU-Kommission, ernsthafte Schwierigkeiten auf Produzenten zukommen, was beispielsweise Marktbarrieren im EU-Binnenmarkt angeht.

Zwar existieren in den Mitgliedstaaten nationale Recyclingsysteme für Elektro- und Elektronik-Altgeräte, die die finanzielle Verantwortung auf die Produzenten legen. Aufgrund dieser unterschiedlichen Systeme und der Schwierigkeiten, diese in ein EU-weit gültiges System zu überführen, könnte allerdings nach der gegenwärtigen Vorlage der Fall eintreten, dass Produzenten doppelt für die Abfallentsorgung bezahlen müssen - in ihrem Produktionsland wie auch in dem Land, in das sie ihre Produkte exportieren.

Dazu kommt, dass die Mitgliedstaaten teilweise völlig unterschiedliche nationale Produzentenregister einführen, was wiederum die administrativen Kosten zur Umsetzung der Richtlinie in die Höhe treiben dürfte. Gerade für kleinere Unternehmen bedeutet dies erhebliche wirtschaftliche Barrieren.

Eine Entscheidung soll getroffen werden, wenn die Ergebnisse einer in Auftrag gegebenen Studie vorliegen. Ein genauer Zeitpunkt steht allerdings noch nicht fest.

Rechtliche Schritte bei RoHS-Richtlinie geplant

Gegenwärtig bereitet die EU-Kommission eine Reihe von Vertragsverletzungsverfahren gegen Mitgliedstaaten vor, die die Richtlinie über die Verwendung gefährlicher Stoffe in Elektrogeräten (RoHS2) nicht richtig umsetzen. Dabei geht es vor allem um die Frist für Produzenten, ab Juli diesen Jahres eine Reihe von Schwermetallen und bromierten Flammschutzmitteln nicht mehr einzusetzen. (ut, ng) ■

• Weitere Informationen

Europäisches Parlament, Ausschuss für Umweltfragen, Volksgesundheit und Lebensmittelsicherheit, Rue Wiertz 60, B-1047 Brüssel
Tel. 0032 2 / 284-2111, Fax -9014

Quelle: Environment Daily, 23.1.2006

1 Richtlinie 2002/96/EG über Elektro- und Elektronikaltgeräte (WEEE)

2 Richtlinie 2002/95/EG zur Beschränkung der Verwendung gefährlicher Stoffe

Bündnis gegen Urwaldvernichtung

NGOs fordern Wandel bei Papierherstellung und Biosprit

Vertreter/innen von Greenpeace, WWF, Robin Wood, Urgewald, Forest Ethics und Friends of the Earth Finnland rufen in einem gemeinsamen Papier zu einem niedrigeren Papierverbrauch und einer nachhaltigen Papierherstellung auf. Das Dokument wurde Ende Januar auf der internationalen Messe für den Papierhandel „Paper World“ in Frankfurt am Main vorgestellt.

In dem Papier appelliert das Bündnis an die Industrie, das Recycling-Material maximal zu nutzen, die Artenvielfalt zu schützen, die Landrechte der lokalen Bevölkerung zu respektieren und Arbeitsplätze zu schaffen. In einer in dem Papier enthaltenen Agenda sind die Mindestanforderungen für die nächsten zehn Jahre aufgeführt, die dazu beitragen sollen, die negativen ökologischen und sozialen Auswirkungen weltweit zu reduzieren. Auf lange Sicht soll der Papierverbrauch auf 50 Prozent zurückgehen, die Produktion durch die maximale Ausschöpfung von Recyclingmaterial deutlich unabhängiger von Primärfasern werden und Artenvielfalt, Rechte der Bevölkerung und soziale Standards in den Einschlaggebieten von der Industrie stärker beachtet werden. Die Papierproduktion soll langfristig auf dem Konzept „Null Abfall, null Schadstoffemissionen“ basieren.

Hintergrund

Europa lebt auf großem Fuß. Der „ökologische Fußabdruck“ aller Europäer/innen ist mehr als doppelt so groß als ihnen an Biokapazität zur Verfügung steht und ist seit den frühen 1960er Jahren um 70 % gestiegen. Der Papierverbrauch in Europa liegt bei 200 kg pro Kopf und 80 Mio. Tonnen pro Jahr. Das ist viermal so hoch wie der globale Durchschnitt.

90 % der für die Papierherstellung benötigten Fasern stammen aus Wäldern und Plantagen. „Urwälder werden vernichtet, nur damit europäische Papierunternehmen ganz alltägliche Produkte wie Zeitungen, Zeitschriften und Toilettenpapier herstellen und an eine nicht ausreichend informierte Kundschaft verkaufen“, erklärt Gavin Edwards, Koordinator der weltweiten Kampagne bei Greenpeace International. Nach Ansicht der Verbände kann der

Waldeinschlag durch eine nachhaltigere Forstverwaltung, Recycling und den Gebrauch alternativer Fasern aus der Landwirtschaft gesenkt werden.

Papierindustrie führt Leitlinien ein

Die europäische Papierindustrie hat Ende Januar Leitlinien eingeführt, um einer verminderten Qualität bei wieder aufgearbeitetem Altpapier vorzubeugen. Hintergrund sind die steigenden Recycling-Anteile. Durch optimale Verfahren in der Wiederaufbereitungskette und zusätzlichen Schritten bei der Verpackung von Lebensmitteln sollen die Leitlinien zu einer verantwortungsvollen Beschaffung von wieder aufgearbeitetem Papier beitragen.

„Kein Regenwald in den Tank!“

► Nach einer großen Protestmail-Aktion der Organisation „Rettet den Regenwald“ ist die Deutsche Bank Mitte Januar aus der Finanzierung eines ökologisch und sozial katastrophalen Zellstoffwerkes auf Borneo ausgestiegen. Immer noch involviert ist die österreichische Raiffeisen-Zentralbank. Die Umweltorganisation ruft zu weiteren Protestaktionen auf.

► In einer neuen EU-Richtlinie zu Biodiesel und Ethanol sieht die EU-Kommission auch den Import dieser Kraftstoffe vor. Da für die Gewinnung beispielsweise brasilianisches Zuckerrohr oder indonesisches Palmöl verwendet wird, sind dadurch auch Regenwaldflächen von Zerstörung bedroht. „Rettet den Regenwald“ ruft dazu zu einer Protestmail-Aktion auf. (db) ■

• Weitere Informationen

Robin Wood, Peter Gerhardt
Tel. 0171 / 8359515
eMail: papier@robinwood.de
www.robinwood.de/papier

WWF International, Helma Brandlmaier
Tel. 0043 67 / 84278219

Bio-Bauern nicht besser gestellt als andere

Studie: GAP benachteiligt Ökolandbau

Nach einer Studie der Universität Hohenheim sind Bio-Bauern unterm Strich finanziell nicht besser gestellt als ihre konventionell wirtschaftenden Kollegen. Die Wissenschaftler haben die Gemeinsame Agrarpolitik (GAP) der EU untersucht und kamen zu dem Schluss, „dass der Ökolandbau durch die Agrar-Politik sogar benachteiligt wird“. Für die Analyse wurden die Finanzierungsprogramme der GAP unter die Lupe genommen: die Direktzahlungen für erzeugte Produkte, die ländlichen Entwicklungsprogrammen und die sogenannten Marktstützungen.

Direktzahlungen belohnen konventionelle Großbetriebe

Die Direktzahlungen gibt es z. B. für Schlachtvieh, Getreide oder verschiedene Feldfrüchte wie Erbsen und Bohnen. Diese Finanzspritze gilt als die wichtigste. Die Höhe der Geldsumme hängt zum Teil von der angebauten Menge ab. Hier sind konventionell wirtschaftende Großbetriebe im Vorteil, deren Ziel es ist, einen möglichst hohen Ertrag zu erzielen. Ökobauern hingegen arbeiten extensiv, produzieren geringere Mengen und erhalten deshalb weniger Beihilfe. Auch von der „Marktstützung“ profitieren nach Berechnungen der Hohenheimer Forscher eher die konventionellen Erzeuger. Mit dieser Säule fördert die EU-Agrarpolitik Maßnahmen, die Mindestpreise garantieren.

Lediglich bei den ländlichen Entwicklungsprogrammen bekommen die Bio-Bauern höhere Fördergelder, und zwar für Tier- und Landschaftsschutzmaßnahmen wie die Bewirtschaftung von Streuobstwiesen. Diese Finanzsäule ist vom Umfang her jedoch die kleinste. Die Autoren der Hohenheimer Studie fürchten, dass sich die Situation für den Ökolandbau noch verschlechtern könnte. Es zeichne sich ab, dass es nach den jüngsten Sparbeschlüssen des EU-Ministerrats weniger Agrarumweltzahlungen geben wird. (mbu) ■

• Weitere Informationen

Universität Hohenheim, Agrarwissenschaften, Schloss, 70599 Stuttgart
Tel. 0711 / 459-2322, Fax -4270
eMail: agrار@uni-hohenheim.de
www.uni-hohenheim.de
www.farmsubsidy.org

Nachhaltiger Anbau bringt größere Ernten im Süden

Studie: 80 Prozent höhere Erträge bei ressourcenschonendem Landbau

Landwirte in Entwicklungsländern können im Schnitt 80 Prozent mehr Ernte auf ihren Feldern einfahren, wenn sie ressourcenschonende Anbaumethoden einsetzen. Das ergab eine Studie der britischen University of Essex. Die internationalen Forscher/innen analysierten Daten aus Projekten in 57 Ländern mit 37 Millionen Hektar Anbaufläche.

Die teilnehmenden Bauern wirtschafteten nachhaltig auf ihrem Land. So etwa pflügte sie ihre Böden wenig oder gar nicht, damit die Erosion vermindert wird. Sie ließen nicht nutzbare Pflanzen auf den Äckern, setzten deutlich weniger Pestizide ein als zuvor. Stattdessen bekämpften die Landwirte Schädlinge durch deren natürliche Feinde oder Parasiten. Der Erfolg: Bei drei Vierteln der Projekte wurden 70 Prozent weniger Pestizide eingesetzt, gleichzeitig stiegen die Erträge um über 40 Prozent. Die Bohnen-, Mais- und Kartoffelernte konnte in manchen Projekten sogar verdoppelt werden.

Kluge Fruchtwechsel erhöhten die Fruchtbarkeit der Böden und machten die Bauern weniger abhängig von einer einzigen Feldfrucht. Das Forschungsteam um Professor Jules Pretty zeigte sich allerdings skeptisch, ob die Methoden den künftigen Nahrungsbedarf decken können. Positiv sei auf alle Fälle, dass kleine Familienbetriebe davon profitierten. (mbu) ■

• Weitere Informationen

University of Essex, Centre for Environment and Society, Prof. Jules Pretty, Wivenhoe Park, Colchester, Essex, CO4 3SQ, Großbritannien
Tel. 0044 1206 / 873323
eMail: jpretty@essex.ac.uk
www.essex.ac.uk

Agro-Gentechnik contra Wahlfreiheit der Verbraucher

Plädoyer für alte Haftungsregelung im deutschen Gentechnikgesetz

Der Öko-Anbauverband Bioland und die Umweltstiftung Euronatur haben Bundeskanzlerin Merkel aufgefordert, sich von der „aus Umweltsicht einseitig geführten“ Debatte zur Grünen Gentechnik zu distanzieren. Merkels Position sei allein vom Fortschrittsglauben geprägt, ohne die Nachteile für Natur und Wirtschaft zu berücksichtigen. Anlässlich der Novellierung des deutschen Gentechnikgesetzes verwies der Bioland-Vorsitzende Thomas Dosch auf die Verbraucher/innen: Drei Viertel lehnen Genfood ab.

Auch aus marktwirtschaftlicher Sicht seien die von der Berliner Regierung angekündigte Förderung der Agro-Gentechnik sowie der Anbau von gentechnisch veränderten Pflanzen nicht gut für den Agrarstandort. Wegen des Anbaus von Genmais mit zweifelhaftem wirtschaftlichen Nutzen würden die bisher gentechnikfreie Landwirtschaft für Deutschland verspielt und unabsehbare Eingriffe in die Natur in Kauf genommen, sagte Lutz Ribbe, umweltpolitischer Direktor von Euronatur. Andere Länder wie Österreich nutzten dagegen konsequent die Marktchancen einer gentechnikfreien Qualitätsproduktion für Mensch und Umwelt.

Die Akzeptanz flächendeckender gentechnischer Verunreinigungen macht aus Sicht von Bioland und Euronatur die Wahlfreiheit für Verbraucher und Landwirte zunichte. Sie appellierten an das Berliner Kabinett, diese Wahlfreiheit zu gewährleisten und die verschuldensunabhängige Haftungsregelung beizubehalten. (mbu) ■

• Weitere Informationen

Bioland, Vorsitzender Thomas Dosch, Kaiserstr. 18, 55116 Mainz
Tel. 0178 / 2189866
eMail: oeffentlichkeitsarbeit@bioland.de
www.bioland.de

Euronatur, umweltpolitischer Direktor Lutz Ribbe, Grabenstraße 23, 53359 Rheinbach/ Bonn
Tel. 02226 / 2045
eMail: lutz.ribbe@euronatur.org
www.euronatur.org

Widerstand gegen Agro-Gentechnik in Europa wächst

Griechenland erlässt neues Anbauverbot für Genmais

Ende Januar hat die griechische Regierung erneut ein Verbot für den Anbau von gentechnisch verändertem Mais beschlossen. Zuvor hob sie ihr erstes Verbot für MON810 auf, wie es die EU-Kommission Anfang des Jahres verlangt hatte. Die neue Zulassungsverweigerung gilt weiter für den Genmais MON810 sowie für 14 neue Sorten. Diese nahm die Kommission nach Angaben von Greenpeace Europa im vergangenen Dezember in den Saatenkatalog auf, ohne die Öffentlichkeit darüber zu informieren. Athen begründete das neue Verbot mit dem Schutz der Umwelt.

Greenpeace lobte die Entscheidung der Griechen, weiter standhaft ihre Umwelt und Landwirtschaft schützen zu wollen. Kritik äußerte der Umweltverband an der EU-Kommission. Die Beschlüsse zu gentechnisch veränderten Organismen seien zu wenig transparent. Die Kommission sollte sich ein Beispiel an Griechenland in Sachen Demokratie nehmen statt den „schmutzigen Job“ der US-Regierung und der Biotechnik-Industrie zu machen, so Greenpeace.

FoEE: Risikobewertung von Gen-Pflanzen mangelhaft

Kurz vor dem Erlass Griechenlands beschloss auch die österreichische Regierung ein Verbot für den Anbau der gentechnisch veränderten Rapsorte GT73. Wien begründete seine Entscheidung mit der Gefahr der gentechnischen Verunreinigung und der ungenügenden Risikobewertung seitens der EU-Kommission. Diese hatte GT73 im vergangenen Sommer bewilligt, obwohl die Mehrheit der europäischen Umweltminister im Dezember 2004 Zweifel an der Unbedenklichkeit des Rapses für Gesundheit und Umwelt geäußert hatte. Nach Auffassung von Friends of the Earth Europe (FoEE) berücksichtigt das Zulassungsverfahren für Gen-Pflanzen in der EU nicht ernsthaft die Risikoabschätzung. Österreichs Verbot sei ein Beispiel für die ungenügende Risikobewertung durch die europäische Behörde für Lebensmittelsicherheit (EFSA) und die mangelnde Bereitschaft der Kommission, auf die Bedenken der Mitgliedstaaten einzugehen.

Kritik: EU-Kommission missachtet Willen der Bürger/innen

Zurzeit gibt es 12 nationale Verbote in 7 Mitgliedsländern gegen den Anbau gentechnisch veränderter Pflanzen, die in der EU zugelassen sind. In den meisten Fällen geht es um Mais und Raps. Umweltverbände kritisieren seit langem, dass die Risiken nicht gründlich erforscht sind. Außerdem missachtet die Kommission aus Sicht der Umweltorganisationen die Position von 165 Regionen und der großen Mehrheit der EU-Bürger/innen, die keine gentechnisch veränderte Nahrung wollen.

Entscheidende EU-Konferenz zur Koexistenz

Anfang April fallen wichtige Entscheidungen im Bereich der Gentechnik: Die EU-Konferenz über "gentechnisch veränderte, konventionelle und biologische Feldfrüchte" mit dem Titel "The Freedom of Choice" (Wahlfreiheit) findet vom 4. bis 6. April in Wien statt. Dort diskutieren und beschließen Expert/innen und Politiker/innen aus allen EU-Ländern Rahmenbedingungen für das Nebeneinander von Gentechnik- und gentechnikfreier Landwirtschaft ("Koexistenz").

► Umwelt- und Verbraucherverbände, Politiker/innen, Bauern und Bürger/innen aller europäischen Länder veranstalten am 5. April einen „Marsch für ein gentechnikfreies Europa“ zur Konferenz. Die Aktion wird von einer breiten internationalen Plattform organisiert. (mbu, mb) ■

• Weitere Informationen

Friends of the Earth Europe (FoEE),
Helen Holder, Rue Blanche 15, B-1050
Brüssel
Tel. 0032 2 / 5420180
eMail: helen.holder@foeeurope.org
www.foeeurope.org

Greenpeace EU, Rue Belliard 199,
B-1040 Brüssel
Tel. 0032 2 / 2741903
eMail:
european.unit@diala.greenpeace.org
www.eu.greenpeace.org

Plattform gentechnikfreie Regionen,
Michael Johann, St. Margareten, Österreich
Tel. 0043 664 / 2668548
michael.johann@aon.at
www.gmofree-europe.org

Internationale Kampagne für „Terminator“-Verbot

Konzerne erzeugen mit Gentechnik steriles Saatgut

Landwirte, Bürgerinitiativen und Organisationen indigener Völker haben sich gegen die Verbreitung der so genannten Terminator-Technologie ausgesprochen. Mit dieser Technik züchten Saatgutkonzerne Pflanzen, die nicht mehr keimen können. Dafür bauen Biotechnologen der Pflanze ein Gen ein, mit dem diese sich quasi selbst vernichtet. In der reifen Pflanze entsteht ein Gift, das den Keim abtötet und damit die Fortpflanzung verhindert. Kritiker/innen nennen diese Produkte auch „Selbstmord-Saatgut“.

Seit dem Jahr 2000 besteht für die Terminator-Technologie ein nicht bindendes Moratorium. Dieses beschlossen die Vertragsstaaten im Rahmen der Biodiversitäts-Konvention der Vereinten Nationen. Ende Januar stand „Terminator“ auf der Tagesordnung eines Treffens zur Konvention. Im März soll auf der Folgekonferenz erneut darüber debattiert werden. Führende Saatgutunternehmen wollen das Moratorium beenden.

Verlängerung des Moratoriums zum Schutz der Landwirte

Gegen diese Bestrebungen setzt sich die internationale Ban Terminator Campaign ein. Die Initiator/innen wollen erreichen, dass so viele Regierungen wie möglich die Terminator-Technik verbieten. Bisher verhängten Brasilien und Indien ein Verbot. Kritiker sehen in der Technologie einen Angriff auf das Jahrhunderte alte Recht Saatgut selbst zu vermehren. Nach Angaben der Arbeitsgemeinschaft bäuerliche Landwirtschaft (AbL) vermehren weltweit Landwirte 80 Prozent ihres Saatguts selbst, lediglich 20 Prozent kaufen sie neu von den Konzernen. Zuvor zahlten die Bauern den Saatgutunternehmen jährliche Lizenzgebühren für die patentierte Ware. (mbu) ■

• Weitere Informationen

Arbeitsgemeinschaft bäuerliche Landwirtschaft (AbL), Bahnhofstr. 31,
59065 Hamm
Tel. 02381-9053170, Fax -492221
eMail: info@abl-ev.de
www.abl-ev.de
www.banterminator.org

Gentech-Pflanzen per WTO-Zwangsverordnung?

Zwischenentscheid im Gentechnikstreit USA - EU

Anfang Februar hat die Welthandelsorganisation (WTO) den USA, Argentinien und Kanada sowie der Europäischen Union (EU) ihren Zwischenbericht zum Handelsstreit um Import und Anbau von gentechnisch veränderten Pflanzen zugestellt. Nach dreijähriger Untersuchung kritisiert die WTO darin die Beschränkungen, die in Europa für Gen-Pflanzen bestehen.

„EU hat bei Markteinführung der grünen Gentechnik versagt“

Den vollständigen Text wollte die WTO geheim halten, er wurde jedoch inzwischen von mehreren NGOs veröffentlicht. ● Offiziell äußerte sich die WTO lediglich zu Grundtendenzen, nach denen die EU bei der Markteinführung genetisch veränderter Organismen (GVO) zwischen 1998 und 2004 versagt habe. Die WTO nannte die entsprechenden Zugangsregelungen in der EU ein „De-facto-Moratorium“.

Keine direkten Auswirkungen auf die Praxis in der EU

Die Entscheidung wird zwar keine direkte Auswirkung auf die Praxis in der EU haben, da die EU ihre Gentechnik-Politik nicht ändern muss. Außerdem bezieht sich die Entscheidung auf die Anwendung von EU-Gesetzen, die heute gar nicht mehr in Kraft sind. Weiterhin besteht in Europa das Recht, Gen-Food zu kennzeichnen und den Anbau und Import von Gentech-Pflanzen aus Risikogründen zu stoppen. Die EU bekräftigte, es gebe keinen Bann für nachgewiesene sichere Genpflanzen.

Allerdings werden die drei Klägerstaaten, allen voran die USA, nun wahrscheinlich weltweit Druck für Gen-Pflanzen machen, um gleichzeitig weitere Staaten davon abzuhalten, Verbote oder strengere Regeln für die Agro-Gentechnik zu erlassen. Dies befürchten Umwelt- und Verbraucherschutzverbände sowie kritische Bauernorganisationen.

Qualifikation der WTO angezweifelt

Die Nichtregierungsorganisationen gehen indessen noch weiter und fragen, ob die WTO überhaupt ausreichend qualifiziert ist, um eine wissenschaftliche Bewertung von Umwelt- und Gesundheitsrisiken vorzunehmen. Friends of the Earth, Green-

peace und das US-Institut für Landwirtschaft und Handelspolitik (IATP) sprechen der WTO in einem gemeinsamen Dokument eine ausreichende Qualifikation ab, um eine wissenschaftliche und umweltgerechte Abschätzung der Folgen vorzunehmen. Vertreter/innen aller drei Organisationen betonten, dass die WTO ein ungeeignetes Medium sei, um über Umwelt- oder Gesundheitsfragen zu entscheiden. Schließlich sei sie eine Organisation, der es nur um Handelserleichterungen gehe.

Ziel ist die Öffnung der Märkte

Die Klage vor der WTO habe ohnehin nur dazu gedient, Märkten GVO formell aufzuzwingen. Dies unterstrich auch der US-Botschafter bei der WTO - das durch das Urteil ausgesandte Signal sei auch wichtig für Afrika und eine Öffnung der dortigen Märkte für GVO.

IATP: Biosicherheits-Protokoll soll ausgehebelt werden

Das IATP sieht in dem WTO-Urteil gar eine Herausforderung des UN-Protokolls von Cartagena über biologische Sicherheit, in dem festgeschrieben ist, dass Staaten vorsorgende Maßnahmen ergreifen dürfen, wenn die Sicherheit von Gentechnik-Sorten nicht eindeutig nachgewiesen werden kann.

Letztendlich, so Greenpeace, liege die Entscheidung bei den Verbraucher/innen und Landwirten. Solange sie Agro-Gentechnik weiterhin ablehnten, werde auch die WTO Entscheidung nichts ändern. Angesichts der ungeklärten Risiken forderte Greenpeace Bundeslandwirtschaftsminister Horst Seehofer auf, jetzt klarzustellen, ob er „auf der Seite der Industrie oder der Verbraucher“ stehe. Der Minister solle dem Beispiel anderer EU-Staaten folgen und den Anbau von Gen-Pflanzen auch in Deutschland verbieten. (ut) ■

• Weitere Informationen

Vollständiger Text des WTO -Urteils (engl., 1050 S., 1,6 + 4,3 MB):
www.dnr.de/publikationen/eur/archiv.php

Friends of the Earth Europe (FoEE),
Alexandra Wandel, Rue Blanche 15,
B-1050 Brüssel
Tel. 0172 / 7483953
eMail:
alexandra.wandel@foeeurope.org

www.foeeurope.org/publications/2006/GMO_and_WTO_interim_briefing_Feb2006.pdf

Greenpeace, Daniel Mittler, Berlin
Tel. 0171 / 8765345
eMail:
daniel.mittler@diala.greenpeace.org
www.eu.greenpeace.org/downloads/gmo/WTObriefing0602.pdf

IATP - Institute for Agriculture and Trade Policy, Ben Lilliston, Minneapolis, USA
Tel. 001 612 / 870 3416
www.tradeobservatory.org

US-Außenhandelsbeauftragter:
www.ustr.gov

Weitere Quelle: Environment Daily,
8.2.2006

Fünf Jahre REACH

Umweltverbände: Verheugen vergiftet die EU-Chemikalienreform

Fünf Jahre nach der Veröffentlichung des Weißbuches "Strategie für eine zukünftige Chemikalienpolitik" am 13. Februar 2001 haben deutsche und europäische Umweltverbände die mangelnden Fortschritte beim Schutz von Mensch und Natur vor gefährlichen Chemikalien kritisiert. Aus dem Weißbuch war Ende 2003 die neue Chemikalienpolitik REACH mit der Chemikalienrichtlinie hervorgegangen.

Kaum zuverlässige Sicherheit angegeben

REACH sollte bestehende Sicherheitslücken für Verbraucher/innen im Umgang mit Chemikalien geschlossen werden. Denn für 86 Prozent der erhältlichen chemischen Produkte fehlen zuverlässige Sicherheitsangaben. Dem Weißbuch nach sollte die Industrie die Verantwortung für die Sicherheit ihrer Produkte übernehmen. Besonders gefährliche Stoffe sollten durch weniger gefährliche substituiert werden.

„Schrittweise aufgeweicht“

Stattdessen wurde das Konzept in dem fünfjährigen Verhandlungsprozess Schritt für Schritt aufgeweicht. Auf massiven Druck der chemischen Industrie wurden kurzfristige Zugeständnisse gemacht. Die Umweltorganisation Friends of the Earth Europe (FoEE) kritisierte, Verbraucher/innen und Umwelt hätten in den nächsten Jahren weiter unter Krebs erregenden oder Allergien auslösenden giftigen Chemikalien zu leiden.

Im REACH-Zulassungsverfahren sind umfassende Tests derzeit nur noch für Produkte ab einem Produktionsvolumen von 10 Tonnen pro Jahr notwendig. Kleinere Volumina werden lediglich von Behörden getestet. Dies, so beklagen REACH-Kritiker/innen, höhle die ursprüngliche Intention von REACH komplett aus - umfassende Informationen über auf dem Markt befindliche Chemikalien zu liefern und die Verantwortung für die Produktsicherheit auf die Hersteller, die chemische Industrie, zu übertragen.

Chemieindustrie agiert unverantwortlich

FoEE sowie der WWF machen vor allem die Chemie-Lobby für das Aufweichen von REACH verantwortlich. In einer Kampagne hätten sie stark überhöhte Zahlen zu den

Kosten für REACH verwendet und die Gefahren durch ungetestete giftige Chemikalien für Mensch und Umwelt heruntergespielt. Friends of the Earth sehen die Schuld zudem bei Wirtschaftskommissar Günter Verheugen. Dieser habe unter dem Deckmantel der EU-Wettbewerbsagenda die ambitionierten Ziele von REACH langsam verwässert.

Letzte Chance

Das Europäische Parlament wird in einer zweiten Lesung im Oktober erneut über REACH diskutieren, anschließend der Ministerrat. Die Forderungen der Umwelt- und Verbraucherverbände sind deutlich:

- Substitution aller als besonders gefährlich eingestuften Chemikalien, wo dies möglich ist.
 - Die Chemieindustrie soll verpflichtet werden, Informationen zur Sicherheit ihrer Produkte ab einem Produktionsvolumen von einer Tonne pro Jahr öffentlich zu machen.
 - Die Industrie soll für die Sicherheit ihrer Produkte verantwortlich gemacht werden.
 - Verbraucher/innen sollen umfassend informiert werden.
- (ut, mb) ■

• **Weitere Informationen**

Friends of the Earth Europe (FoEE),
Aleksandra Kordecka, Rue Blanche 15,
B-1050 Bruxelles
Tel. 0032 2 / 5420180
eMail:
aleksandra.kordecka@foeeurope.org
www.foeeurope.org/press/2006/
AK_13_Feb_REACH.htm

WWF European Policy Office, Noemi
Cano, Communications Manager, WWF
DetoX Campaign, Brüssel
Tel. 0032 2 / 7438806
eMail: ncano@wwfepo.org
www.panda.org/news_facts/newsroom/
index.cfm?uNewsID=59460

Quelle: Environment Daily 13.2.2006

Umweltausschuss: Strenger gegen Quecksilber vorgehen

Parlamentarier/innen fordern mehr Einschränkungen

Der Umweltausschuss im Europäischen Parlament hat sich Mitte Februar für erhebliche strengere Einschränkungen für Quecksilber ausgesprochen, als in der letztes Jahr von der EU-Kommission vorgeschlagenen Quecksilberstrategie vorgesehen. In einer vorläufigen Entscheidung forderten die Parlamentsmitglieder, dass Produktionsanlagen für Quecksilberzellen - die Hauptanwendung für das giftige Metall - gemäß einer Entscheidung entsprechend der OSPAR-Konvention¹ bis 2010 geschlossen werden sollen.

Der Ausschuss sprach sich weiterhin dafür aus, dass Quecksilberabfälle nicht wiederverwendet, sondern sicher gelagert werden sollen und sich die Industrie finanziell daran beteiligt.

Nach Meinung der Parlamentarier/innen soll außerdem der in der EU-Strategie vorgeschlagene Exportstopp für Quecksilber um ein Jahr auf 2010 vorverlegt werden. Dem gegenüber hat sich der Umweltausschuss gegen eine Vorverlegung des Stopps von Quecksilber in Amalgam ausgesprochen - die zweitwichtigste Verwendung des Metalls.

Die Entscheidung wird nun dem Plenum zur Abstimmung vorgelegt. (ng) ■

• **Weitere Informationen**

Europäisches Parlament, Ausschuss für Umweltfragen, Volksgesundheit und Lebensmittelsicherheit, Rue Wiertz 60, B-1047 Brüssel
Tel. 0032 2 / 284-2111, Fax -9014

Europäisches Umweltbüro (EEB),
Elena Lymberidi, Bvd. de Waterloo, 34,
B-1000 Brüssel, Belgien
Tel. 0032 2 / 289-1301, Fax -1099
eMail: elena.lymberidi@eeb.org
www.eeb.org

Quelle: Environment Daily 22.02.06

¹ Übereinkommen zum Schutz der Meeresumwelt des Nordost-Atlantik

Verbot von Quecksilber in Thermometern

Verbände begrüßen weit gehenden Vorschlag der EU-Kommission

Die EU-Kommission hat Ende Februar vorgeschlagen, das In-Verkehr-Bringen von Quecksilber in neuen Fieber- und Zimmerthermometern, Barometern, Blutdruckmessgeräten, Manometern und Sphygmomanometern zu verbieten. Ziel der Maßnahme ist die Verringerung der industriellen Nachfrage nach Quecksilber und seine schnellere Substitution, was sich - so die Hoffnung der EU-Kommission und zahlreicher Umwelt- und Gesundheitsinitiativen - günstig auf die Gesundheit der EU-Bürger/innen und auf die Umwelt auswirken wird. Die Kommission geht davon aus, dass das Verbot von Quecksilber in Thermometern zu einer deutlichen Verringerung der Quecksilberemissionen führt.

Hochgiftig für Menschen und wild lebende Tiere

Quecksilber und seine Verbindungen sind hochgiftig für Menschen, Ökosysteme und wild lebende Tiere. Wenn quecksilberhaltige Erzeugnisse in die Abfallentsorgung gelangen, können sie zu Methylquecksilber umgewandelt werden, der Erscheinungsform mit den stärksten toxischen Wirkungen. Methylquecksilber reichert sich insbesondere in der aquatischen Nahrungsmittelkette an, so dass Bevölkerungsgruppen, die viel Fisch und Meeresfrüchte verzehren - insbesondere an der Mittelmeerküste - besonders gefährdet sind.

Die Kommission schätzt, dass in der EU jährlich 33 Tonnen Quecksilber für Mess- und Kontrollinstrumente benutzt werden, davon 25-30 Tonnen allein für Thermometer. Viele Fieberthermometer und ähnliche Produkte landen derzeit auf der Deponie und verfügen über ein langsames, aber langfristiges Leckagepotenzial, obwohl die Quecksilberemissionen in die Umwelt zurückgegangen sind. Ein zunehmender Anteil der Geräte wird gesammelt und das Quecksilber zurückgewonnen, aber die Emissionen sind nach wie vor signifikant.

Private Haushalte hauptsächlich betroffen

Man schätzt, dass 80-90% des in Messinstrumenten verwendeten Quecksilbers in Fieberthermometern und anderen Haushaltsthermometern vorkommt. Spezielle

Nutzungsmöglichkeiten, insbesondere Messinstrumente für medizinische Zwecke, sind vom Erfassungsbereich des Kommissions-Vorschlags ausgenommen, weil noch nicht immer angemessener Ersatz zur Verfügung steht.

In dem von der Kommission vorgelegten Vorschlag werden ferner einheitliche Regeln für das Inverkehrbringen quecksilberhaltiger Messinstrumente im Binnenmarkt festgelegt, da die Mitgliedstaaten unterschiedliche Vorschriften haben.

Verbände für schnelles Totalverbot

Umwelt- und Gesundheitsverbände wie das Europäische Umweltbüro haben den Vorschlag der Kommission begrüßt, sich allerdings enttäuscht darüber geäußert, dass die Reichweite des Vorschlags lediglich Messinstrumente und Fieberthermometer für Privathaushalte und Ärzte umfasst. Mess- und Kontrollgeräte für den professionellen Gebrauch, die ebenfalls Quecksilber enthalten können, sind von dem Kommissionsvorschlag ausgenommen, auch wenn bessere Alternativen zur Verfügung stehen.

Die Verbände haben die Kommission aus diesem Grund erneut aufgefordert, ein generelles Verbot für die Verwendung von Quecksilber vorzuschlagen. Einzelne Mitgliedstaaten und Krankenhäuser haben bereits freiwillige Schritte in diese Richtung unternommen. Ein schnelles und komplettes Verbot von Quecksilber in Messgeräten erscheint auch vor dem Hintergrund, dass durch die so genannte RoHS-Richtlinie weitaus geringere Mengen der extrem giftigen Chemikalie in Elektro- und Elektronikgeräten verboten sind, mehr als sinnvoll.

Der Kommissionsvorschlag ist Teil der Quecksilberstrategie der EU, die Anfang 2005 von der Kommission verabschiedet wurde. Er geht nun zur Verabschiedung an das Europäische Parlament und den Ministerrat. (ng) ■

• Weitere Informationen

Quelle: www.europa.eu.int/rapid (Reference: IP/06/193, 21.2.2006)

Quecksilberstrategie der Kommission: www.europa.eu.int/comm/environment/chemicals/mercury

NGO-Positions-papier: www.zeromercury.org/position_papers/050603_NGOs_comments_WD_measuring_equipment_directive.pdf

Europäisches Umweltbüro (EEB),
Elena Lymberidi, Bvd. de Waterloo, 34,
B-1000 Brüssel, Belgien
Tel. 0032 2 / 289-1301, Fax -1099
eMail: elena.lymberidi@eeb.org
www.eeb.org

European Public Health Alliance -
Environment Network (EEN), Genon K.
Jensen, 39-41 rue d'Arlon, B-1000
Brüssel
Tel. 0032 2 / 23338-75, Fax -80
eMail: genon@env-health.org
www.env-health.org

Health Care Without Harm Europe,
Karolína Ruzicková, Chlumova 17,
CZ - 130 00 Praha 3
Tel. 0032 2 / 233 3877
Fax 00420 222 782808
europe@hcwh.org
www.noharm.org

Ban Mercury Working Group, Michael
Bender, 1420 North St., Montpelier,
VT 05602, USA
Tel. 001 802 / 223 9000
eMail: mercurypolicy@aol.com
www.ban.org/ban-hg-wg

Neue Höchstgehalte für Dioxin-ähnliche PCBs

Die EU-Kommission hat Anfang Februar niedrigere Höchstgehalte für polychlorierte Biphenyle (PCB)¹ in Lebens- und Futtermitteln beschlossen, die ab November diesen Jahres umgesetzt werden müssen.

Höchstgehalte für Dioxine bleiben vorerst unverändert

Trotz Forderungen nach einer Senkung aus den Mitgliedstaaten gelten die niedrigeren Höchstmengen erst einmal nur für die dioxinähnlichen PCBs und nicht gleichzeitig auch für Dioxine selbst. Die seit 2001 bestehenden Dioxin-Höchstgehalte bleiben unverändert. Man brauche mehr Zeit zur Datensammlung, begründete die Kommission ihre Entscheidung. Schärfere Grenzwerte sollen Ende 2008 für Dioxine und PCBs erlassen werden. Grund für diese Verzögerung scheinen Schwierigkeiten bei der Senkung von Dioxinwerten in der Fischerei zu sein.

Finnland und Schweden dürfen weiter Fisch mit mehr Dioxin verkaufen

Unabhängig davon verlängerte die Kommission eine Ausnahmeregelung für Finnland und Schweden bis 2011, die es erlaubt, bestimmte Fischarten auch mit erhöhten Dioxinwerten zu vermarkten. Die beiden Staaten müssen jährlich über die Höhe der Kontaminationen und die ergriffenen Maßnahmen zu deren Senkung berichten. (ut) ■

• Weitere Informationen

Quellen: Environment Daily, 3.2.2006
<http://europa.eu.int/rapid> (Reference: MEMO/06/54)

Europäische Kommission, Generaldirektion Gesundheit und Verbraucherschutz, Rue de la Loi 130, B-1049 Brüssel
Tel. 0032 2 / 299-1111, Fax -3040
www.europa.eu.int/comm

¹ PCBs sind chlorierte aromatische Kohlenwasserstoffverbindungen. Sie sind weit verbreitet unter anderem in Baumaterialien, Schmiermitteln, Isolierungen, Weichmachern und Tinten. Einige PCBs haben ähnliche toxikologische Eigenschaften wie Dioxin.

Umweltgerechtere Wohnungsbauförderung

Österreich: Weniger CO₂-Emissionen durch Gebäudemodernisierung

In Österreich werden staatliche Förderungen im Wohngebäudebereich an Mindeststandards beim Energieverbrauch gekoppelt. Mit dem am 22. Januar in Kraft getretenen Gesetz „über gemeinsame Qualitätsstandards für die Förderung der Errichtung und Sanierung von Wohngebäuden zur Reduktion von Treibhausgasen“ soll der Anteil der Kohlendioxidemissionen durch Heizungs- und Warmwasserbereitungsanlagen in Gebäuden innerhalb der nächsten vier Jahre um 30 Prozent gesenkt werden.

Neue Höchstwerte für Heizwärmebedarfs-Standards

Das Gesetz gibt für das erste Jahr eine Höchstgrenze von 65 Kilowattstunden pro Quadratmeter für den Energieverbrauch für Heizen und Warmwasserzubereitung vor. Bis 2010 sollen Werte von 25-45 Kilowattstunden vorgegeben werden. Darüber hinaus soll der Förderschwerpunkt statt wie bisher auf Neubauten nun auf Altbauten liegen. Gefragt werden umfassende Konzepte für die so genannten thermisch-orientierte Gebäudehüllensanierungen.

Das Gesetz ist eine weitere Maßnahme im Rahmen der österreichischen Klimaschutzstrategie von 2002. Durch soll garantiert werden, dass die im Kioto-Protokoll vereinbarte Reduktion der Treibhausgasemissionen erfüllt werden. (ut) ■

• Weitere Informationen

Österreichisches Umweltministerium:
www.lebensministerium.at

Quelle: Environmental Daily, 26.1.2006

Heizen und Kühlen mit Erneuerbaren

Richtlinienvorschlag für Ende 2006 angekündigt

EU-Energiekommissar Andris Piebalgs will bis Ende 2006 einen Vorschlag für eine Richtlinie über Heizen und Kühlen mit erneuerbaren Energiequellen ausarbeiten. Das Europäische Parlament hatte zuvor in einer von Mechthild Rothe (SPD) entworfenen Resolution eine entsprechende Richtlinie mit verbindlichen Zielen für die Mitgliedstaaten gefordert.

Eufores: Anteil der Erneuerbaren bis 2010 mindestens verdoppeln

Das parlamentarische Netzwerk Europäisches Forum für erneuerbare Energiequellen (Eufores) will den Anteil der Erneuerbaren Energien im Bereich Heizen und Kühlen bis 2020 zumindest verdoppeln. Derzeit liegt der Anteil bei zehn Prozent. Greenpeace hält einen Anteil von 25 Prozent bis 2020 für wirtschaftlich und technisch machbar, wenn Energieeffizienzmaßnahmen mit einer besseren Isolierung und Kraft-Wärme-Kopplung kombiniert werden.

Ungefähr 49 Prozent des heutigen Primärenergieverbrauchs der EU wird zum Heizen und Kühlen von Gebäuden und für die Warmwasserbereitung verwendet. Bisher existieren in der EU keine Ziele für den Anteil von Erneuerbaren in diesem Bereich. Fossile Energieträger könnten durch Solarkollektoren, Biomasse, Biogas und geothermische Energie ersetzt werden.

Rothe ist zuversichtlich, dass die Parlaments-Resolution auch einen starken Einfluss auf den Europäischen Rat der Staats- und Regierungschefs im März haben wird, der die Energiepolitik als ein Schwerpunktthema behandeln soll. (tl) ■

• Weitere Informationen

Greenpeace-Szenario:
www.eu.greenpeace.org/downloads/energy/EU25scenario2050.pdf

Europäisches Forum für erneuerbare Energiequellen (Eufores), Renewable Energy House, Rue d'Arlon 63-65, B-1040 Brüssel
Tel. 0032 2 / 54619-48, Fax -34
eMail: eufores@eufores.org
www.eufores.org

Windenergiebranche feiert Rekordjahr 2005

18 % Steigerung der Windenergieleistung in der EU

Im Jahr 2005 wurden innerhalb der Europäischen Union über 6.000 Megawatt Windenergieleistung neu installiert. Dies entspricht einer Steigerung der Windenergieerzeugung im Vergleich zu 2004 um 18 %. Deutschland ist mit 1800 MW Energieleistung aus Wind Spitzenreiter unter den EU-Staaten, gefolgt von Spanien (1750 MW).

Trotz dieser Erfolge nimmt die globale Bedeutung der EU als Windenergiemarkt langsam an Bedeutung ab, was an den neuen boomenden Regionen wie USA und Indien liegt.

EU-Ziele bereits übererfüllt, doch nur 3 % Anteil am Strommix

Mit diesen Erfolgen sind die im Weißbuch der EU-Kommission "Energie für die Zukunft" aus dem Jahr 1997 gesetzten Ziele von 40.000 Megawatt Windenergieleistung bis 2010 bereits erfüllt.

Mit den in der EU installierten Windkraftanlagen können in einem durchschnittlichen Windjahr rund 83 Terawattstunden¹ Elektrizität erzeugt werden. Das entspricht etwa 2,8 Prozent des Stromverbrauches in der EU. (ut) ■

• Weitere Informationen

Quelle: www.climnet.org, 3.2.2006

¹ Terawattstunde (TWh) = 1 Mio. MWh = 1 Mrd. kWh

80 % der EU-Bürger/innen für Erneuerbare Energien

Umfrage zur Lösung der Energieabhängigkeiten

Um die Energieabhängigkeit von Erdöl und Gas zu verringern setzen die EU-Bürger/innen auf die Weiterentwicklung und Förderung Erneuerbarer Energien. Das ergab eine Studie, bei der rund 30.000 Personen in den 25 EU-Mitgliedstaaten sowie Beitrittskandidaten befragt wurden. Außerdem meinten knapp 50 Prozent der Befragten, die EU sei die richtige Ebene für energiepolitische Entscheidungen.

Sonnenenergie vorn Atomenergie auf dem letzten Platz

Von den EU-Bürgern favorisiert wird dabei die Sonnenenergie (48 %), gefolgt von neuen Energietechnologien wie Wasserstoff (41 %) und an dritter Stelle die Windenergie (31 %). Nur 12 % der Befragten sehen in der Atomenergie den besten Ausweg aus der Energieabhängigkeit. Weniger als die Hälfte der Befragten sind bereit höhere Preise für erneuerbare Energien zu bezahlen. Dort wo eine höhere Zahlungsbereitschaft besteht, liegt diese bei etwa fünf Prozent.

Die EU-Kommission wird am 3. März 2006 ihr Grünbuch zu Energiepolitik vorlegen. (ut) ■

• Weitere Informationen

Quelle: www.euractiv.com, 26.1.2006

Welche Auswirkungen hat Biokraftstoff auf die Umwelt?

EU-Kommission will Sprit aus Getreide fördern

Die Europäische Kommission hat im Februar eine neue Strategie zur Förderung von Biokraftstoffen vorgelegt. Damit soll die Erzeugung von Biodiesel und Bioethanol in den Mitgliedstaaten forciert werden, möglicherweise mit bindenden Zielen. Seit 2003 gibt es eine Biokraftstoff-Richtlinie, die festlegte, dass bis 2005 zwei Prozent und bis 2010 über 5,5 Prozent Biomasse aus Getreide und Zuckerrüben hergestellt werden sollte. Diese Zielvorgaben wurden von den Mitgliedstaaten aber bisher nicht erreicht.

Ziele: Weniger Abhängigkeit von Erdöl und weniger CO₂-Ausstoß im Verkehr

Langfristiges Ziel der EU ist es, Benzin und Diesel durch Kraftstoffe aus Biomasse zu ersetzen. Sie erhofft sich u. a. einen geringeren Ausstoß von Treibhausgasen im Verkehr und weniger Abhängigkeit vom Import fossiler Energieträger, vor allem von Erdöl. Außerdem könnte nach den Vorstellungen der Kommission die Produktion von Biosprit neue Absatzmärkte für Landwirte schaffen, besonders für Zuckerrübenbauern in Entwicklungsländern. Diese müssen nach der EU-Zuckermarktreform vom vergangenen Jahr mit Einnahmeeinbußen rechnen. Zur Erreichung der Ziele soll dieses Jahr die Biokraftstoff-Richtlinie von 2003 überarbeitet werden.

Umweltverbände fordern Zertifikate gegen Verlust der Artenvielfalt

Umweltverbände lobten zwar die Biokraftstoff-Strategie, fürchten aber, dass Umweltbelange dabei zu kurz kommen. Der WWF Europa forderte die Einführung von Öko-Zertifikaten für alle Biokraftstoffe, die in der EU produziert oder importiert werden. Damit soll gewährleistet werden, dass die ökologischen Folgen der Biospritzerzeugung berücksichtigt werden. Es dürfe nicht zu einem Verlust der biologischen Vielfalt durch einen verstärkten Pestizideinsatz kommen. Außerdem dürfen keine Regenwälder gerodet werden, um Getreide für die Herstellung von Biokraftstoffen anzubauen.

EEB: Besser Autos mit geringerem Spritverbrauch bauen

Das Europäische Umweltbüro (EEB) verlangte von der Kommission eine Prüfung der ökologischen und sozialen Auswirkun-

gen von Biokraftstoffen, bevor diese in großem Umfang eingeführt werden. Es gebe keine Gewissheit, dass Anbau und Produktion von Biomasse der Umwelt in der EU oder in Entwicklungsländern nicht schaden. Das EEB befürchtet außerdem, dass die Autoindustrie nach der Einführung von Biosprit sich weniger um die Entwicklung von spritsparenden Fahrzeugen bemühen wird. Biokraftstoffe seien kein Patentrezept für eine bessere Treibhausgasbilanz. Deshalb lehnt das EEB den Vorschlag der Biokraftstoff-Strategie ab, dass der Verbrauch von Biosprit auf die vereinbarte Reduktionsmenge von CO₂-Emissionen durch Autos angerechnet werden soll. (mbu) ■

• Weitere Informationen

EU-Kommission, Generaldirektion Landwirtschaft und ländliche Entwicklung, Rue de la Loi, B-1049 Brüssel
Tel. 0032 2 / 295-3240, Fax -7540
eMail: agri-library@cec.eu.int
www.europa.eu.int/comm/agriculture/biomass/biofuel/com2006_34_en.pdf

WWF Europabüro, Avenue de Tervuren B12, B-1040 Brüssel
Tel. 0032 2 / 74388-0, Fax -19
www.panda.org/epo

Europäisches Umweltbüro (EEB), Bvd. de Waterloo 34, B-1000 Brüssel
Tel. 0032 2 / 28910-90, Fax -99
eMail: eeb@eeb.org
www.eeb.org

Schweden will Unabhängigkeit vom Öl

In 15 Jahren soll Heizöl- und Benzinverbrauch bis Null liegen

Bis 2020, so das ehrgeizige Ziel der schwedischen Umweltministerin Lena Sommestad, soll das Land vollkommen unabhängig von Erdöl sein. Das bedeutet, so die Ministerin, dass kein Haushalt Öl zum Heizen brauchen werde und kein Autofahrer abhängig von Benzin sein solle.

Derzeit deckt Erdöl fast 35 Prozent des Energiebedarfs in Schweden. Dieser Anteil lag 1977 noch bei deutlich über 70 Prozent. Schweden traf die Ölkrise der 1970er Jahre demzufolge auch besonders hart und die Bemühungen sich vom Erdöl unabhängiger zu machen wurden verstärkt.

Heute: 30 Prozent Kernenergie, 26 Prozent Erneuerbare

Über 30 Prozent des Stroms liefern heute Schwedens Kernkraftwerke. Diese sollen nach einem Referendum im Jahr 1980 zwar bis 2010 vom Netz gehen, aber wie die entstehende Energielücke gefüllt werden kann ist noch unklar. Das Heizsystem ist in Schweden schon weitestgehend auf geothermale Quellen bzw. auf Verwendung von Bio- und Restwärme umgestellt. 2003 stammten 26 Prozent der verbrauchten Energie aus erneuerbaren Energien. Damit liegt Schweden weit über dem europäischen Durchschnitt von 6 Prozent.

Lösung im gesellschaftlichen Dialog

Unterstützt werde soll das Vorhaben von den verschiedenen Interessengruppen in Schweden. In den nächsten Monaten soll ein Komitee eingesetzt werden, bestehend unter anderem aus Industriellen, Wissenschaftlern, Autoherstellern und Bauern. Sie sollen ein detailliertes Konzept zum "Ölausstieg" entwerfen. (ut) ■

• Weitere Informationen

Schwedisches Umweltministerium, Tegelbacken 2, S-10333 Stockholm
Tel 0046 8 / 4051000

Quelle: www.telepolis.de, 8.2.2006

Klimawandel durch neue Daten bestätigt

2005 wärmstes Jahr seit Beginn der Messungen

Nach einer neuen Studie der US-amerikanischen Weltraumbehörde NASA war 2005 das wärmste Jahr seit Beginn der Temperatureaufzeichnungen 1873. In den letzten 30 Jahren hat sich das globale Klima im Durchschnitt um 0,6 Grad Celsius erwärmt. Am schnellsten vollzieht sich die Erwärmung in den Höhenlagen der Nordhalbkugel. Die NASA meldet dringenden Diskussionsbedarf darüber an, wie Treibhausgasemissionen verringert werden können.

Ökosysteme verändern sich

Der Halbzeitbericht des Projektes Globcarbon der europäischen Raumfahrtbehörde ESA kommt zu ähnlichen Ergebnissen. In dem 10 Jahre dauernden Forschungsprojekt liegen nun die Zahlen der ersten Untersuchungshälfte von 1998-2003 vor. Globcarbon untersucht mit Hilfe von Satellitenaufnahmen die Veränderung der Ökosysteme aufgrund des Klimawandels.

Britische Regierung warnt vor Folgen des Klimawandels

Der britische Premierminister Tony Blair warnt im Vorwort des britischen Berichts "Avoiding Dangerous Climate Change" vor den Auswirkungen der Klimaerwärmung. Der von der britischen Regierung in Auftrag gegebene Bericht skizziert ein bedrohliches Szenario. Besonders dramatisch schätzen die Forscher/innen die Auswirkungen des Abschmelzens von Grönlands Festlandeis ein. Sie erwarten dadurch einen Meeresspiegelanstieg von 7 Metern. Durch das Abrutschen von Eismassen in der Westantarktis könnte der Meeresspiegel um weitere 6 Meter steigen. Die Forscher/innen gehen davon aus, dass das völlige Abschmelzen der Eiskappe Grönlands 1.000 Jahre dauern wird. Sei der Prozess jedoch einmal in Gang gesetzt, sei er nicht mehr umzukehren.

EU-Projekt zum Schwund des arktischen Eises

Um die Auswirkungen des schmelzenden Arktiseises besser vorherzusagen wurde das EU-Projekt DAMOCLES¹ ins Leben ge-

rufen. Das Projekt läuft bis 2009 und wird von 100 Expert/innen aus 45 Institutionen in zwölf europäischen Ländern unterstützt.

Europa kälter und trockener

Für Europa könnte die durchschnittliche Erwärmung des Erdklimas den genau umgekehrten Effekt haben. Wenn der Nordatlantikstrom als Folge der Klimaerwärmung abreißt, wird es in Europa kälter werden. Messungen ergaben, dass der Golfstrom in den vergangenen 50 Jahren um 30 Prozent abgenommen hat. Forscher des Potsdam Instituts für Klimafolgenforschung (PIK) sehen besonders in den alpinen Regionen und dem Mittelmeerraum erhebliche Veränderungen. Sie prognostizieren, dass 38 Prozent der Europäer/innen sich auf lang anhaltende Dürreperioden einstellen müssen. In Spanien kündigt sich unterdessen das zweite schwere Dürrejahr in Folge an. Derzeit sind die Reservoirs nur zu knapp 50 Prozent gefüllt. Im letzten Jahr waren es im gleichen Zeitraum immerhin noch knapp 60 Prozent. (ut) ■

• Weitere Informationen

Quellen: Environmental Daily 2024, 25.1.2006; www.telepolis.de, 3.2.2006

NASA
www.nasa.gov

ESA
www.esa.int

Britischer Regierungsbericht:
www.defra.gov.uk/environment/climatechange/international/dangerous-cc.htm

Potsdam Institut für Klimafolgenforschung (PIK)
Tel. 0331 / 2882-500, Fax -600
eMail: info@pik-potsdam.de
www.pik-potsdam.de

¹ „Developing of Arctic Modelling and Observing Capabilities for Long-term Environmental Studies“

Neuer Klimaschutz-Index

Island, Lettland und Großbritannien liegen vorn

Die Nichtregierungsorganisation Germanwatch hat einen neuen internationalen Klimaschutz-Index vorgestellt. Der Index vergleicht die Klimaschutz-Leistungen von 53 Industrie- und Schwellenländern, die zusammen für 90 Prozent des weltweiten CO₂-Ausstoßes verantwortlich sind. Deutschland belegt auf der Rangliste Platz fünf, die USA sind Vorletzter, nur Saudi-Arabien schneidet noch schlechter ab. Auf den ersten drei Plätzen landeten Island, Lettland und Großbritannien.

Der Klimaschutz-Index soll laut Germanwatch helfen, den politischen und zivilgesellschaftlichen Druck auf diejenigen Länder zu erhöhen, die „ihre Klimaschutz-Hausaufgaben bisher vernachlässigt haben“.

Einäugige unter Blinden

„Auch die Staaten, die in der Rangliste gut abgeschnitten haben, dürfen sich nicht zurücklehnen. Sie gleichen eher den Einäugigen unter den Blinden“, betont der Klimaexperte Jan Burck, der am Index mitarbeitete. Um den Klimawandel auf ein erträgliches Maß zu begrenzen, müssen die Treibhausgasemissionen bis zur Mitte des Jahrhunderts in den Industrieländern um 80 und weltweit um 50 Prozent sinken. Bisher steigen die Treibhausgasemissionen aber nach wie vor an.

Die großen Verursacher kommen ihrer Verantwortung nicht nach

Die Länderliste zeigt deutlich, dass viele der Länder, die am meisten zum Klimawandel beitragen, dieser Verantwortung nur unzureichend nachkommen. Gleich sechs der zehn größten CO₂-Emittenten, die allein fast 60 Prozent der weltweiten Emissionen in die Luft blasen, sind im Index im hinteren Drittel zu finden. So befindet sich Japan auf Platz 34, Italien auf Platz 38, Kanada auf Platz 45, Russland auf Platz 48 und die USA auf Platz 52.

Deutschland nur noch Platz 5

Aber auch Deutschland liegt nicht in allen Sektoren vorn. So ist Deutschland zwar Spitzenreiter in der internationalen Klimaschutzpolitik und konnte als einziges Industrieland seine Verkehrsemissionen leicht senken (Rang 4). Doch im Gebäudesektor, der den Heizbedarf erfasst, liegt Deutschland nur auf Platz 31. Hier müsse

sich zeigen, so Germanwatch, wie viel die kürzlich beschlossenen Fördermaßnahmen für Gebäudedämmung und -sanierung bringen. Und während der überdurchschnittliche Zuwachs an erneuerbaren Energien seit 1998 zu einem guten zehnten Rang führt, reicht es bei der gesamten Stromerzeugung nur zu einem 23. Platz.

Kraftwerksneubauten entscheiden über die Klimapolitik der Zukunft

Wichtig für das zukünftige Abschneiden Deutschlands sind vor allem die anstehenden Entscheidungen bei den Kraftwerksneubauten. „Eine Tendenz in Richtung Stein- und Braunkohle würde Deutschlands gesamte Klimaschutzpolitik konterkarieren,“ warnt Christopf Bals, Geschäftsführer von Germanwatch. Auch ein Ausbau der Atomkraft könne aufgrund des Risikopotenzials, der Kosten und der Marktverdrängung von Erneuerbaren Energien kein Weg aus der Klimamisere sein.

Der Index ermöglicht erstmals einen fundierten Ländervergleich, weil er nicht nur die absolute Höhe, sondern vor allem den Trend der klimaschädlichen CO₂-Emissionen berücksichtigt. Der Trend wird in den volkswirtschaftlichen Sektoren Energie, Industrie, Verkehr und Gebäude erfasst. Als dritter Faktor fließt die Klimaschutzpolitik des Landes in die Bewertung ein. (tl)

• Weitere Informationen

Germanwatch e.V., Kaiserstr. 201,
53113 Bonn,
Tel. 0228 / 60492-0, Fax -19
eMail:
klimakompakt@germanwatch.org
www.germanwatch.org/rio

Fluorierte Gase nur noch mit Label

Mitgliedsländer dürfen schärfere nationale Standards festlegen

Nach einem Kompromiss zwischen EU-Ministerrat und Europäischem Parlament über die Verordnung zu fluorierten Treibhausgasen (F-Gasen) soll es den Mitgliedstaaten freistehen, schärfere nationale Standards zu setzen. Zuvor hatten sich Umweltschützer/innen und F-Gas-Produzenten lange darüber gestritten, ob Länder wie Dänemark und Österreich strengere nationale Standards festlegen dürfen (EUR 12.05/01.06, Seite 25). Nun hat man sich darauf verständigt, den Mitgliedstaaten bis Ende 2012 strengere nationale Regeln zu erlauben.

Die Verordnung will fluorierten Kohlenwasserstoffen (HFC), perfluorierten Kohlenwasserstoffen (PFC) und Schwefelhexafluorid (SF₆) vermindern. Deren Schädlichkeit übersteigt deutlich die von CO₂. So ist das Erwärmungspotenzial (GWP) von SF₆ über 23.000 Mal höher als von CO₂.

Verbindliches Labelling

Nach der neuen Regelung dürfen Geräte, die F-Gase enthalten, nur noch mit einem Label verkauft werden, das über die Art des Gases, die Menge und den Einfluss auf das Klima informiert. Die Regelung für stationäre Anlagen wie Kühlschränke und Klimaanlage wird auf eine doppelte rechtliche Grundlage gestellt: Binnenmarkt (Artikel 95) und Umwelt (Artikel 175 und 176). Der Kompromiss beinhaltet außerdem eine Überprüfung der Verordnung durch die Kommission im Jahr 2008.

F-Gase in Autoklimaanlagen bis 2017 erlaubt

Der Richtlinienvorschlag über Emissionen aus Kfz-Klimaanlagen blieb von den Parlamentarier/innen unangetastet. Ab 2011 soll ein Verbot für F-Gase mit einem Klimaerwärmungspotenzial (GWP) von mehr als 150 in Neuwagen gelten. Erst 2017 soll dies auch für Altfahrzeuge gelten. Die Nutzung von Gasen wie HFC-152 a mit einem GWP von 120 wird auch weiterhin möglich sein. Umweltschützer kritisieren die viel zu langen Fristen für das Verbot.

Greenpeace: Vermeidungspotenzial nicht genutzt

Greenpeace begrüßte die Entscheidung, strengere nationale Regeln zu gestatten, kritisierte aber, dass der Kompromiss das

bestehende enorme Einsparpotenzial des ursprünglichen Vorschlags nicht nutzt.

„Dies ist in erster Linie auf das Versagen der Kommission zurückzuführen“, urteilt Greenpeace-Klimaexpertin Mahi Sideridou. Diese habe sich von den großen Produzenten wie Dupont und Solvay unter Druck setzen lassen. Die meisten Kühlschranksproduzenten benutzten schon lange entsprechende umweltfreundliche Alternativen, weil sie billiger, Energieeffizienter und nicht patentiert seien.

EU-Umweltkommissar Stavros Dimas geht davon aus, dass die Maßnahmen zu einer Reduktion F-Gase um 20 Prozent führen werden. (tl) ■

• Weitere Informationen

Greenpeace, European Unit, Mahi Sideridou, Climate Policy Director, Brüssel

Tel. 0032 2 / 2741904

eMail:

mahi.sideridou@diala.greenpeace.org

www.eu.greenpeace.org

Newsticker

Weniger Mehrwertsteuer für Fernwärme

Die EU-Finanzminister/innen haben Anfang Februar beschlossen, die Fernwärme auf die Liste der Sektoren mit ermäßigtem Mehrwertsteuersatz zu setzen. Auf Fernwärme entfällt ab dem 1.2.2006 nur noch eine Steuer von 5,5 Prozent. Derzeit werden bestimmte elektrische und Gasheizungen aufgrund der Eurocontrol 6. Mehrwertsteuer-Richtlinie der EU durch reduzierte Mehrwertsteuersätze von bis zu 5 Prozent entlastet. Der neue Beschluss wird am deutlichsten die Franzosen entlasten, die derzeit Steuern von 19,6 Prozent für Fernwärme zahlen. Der hohe Mehrwertsteuersatz behindert in Frankreich erneuerbare Energien wie zum Beispiel Holz und Kraft-Wärme-Kopplung. (ut)

Quelle: www.euractiv.com, 6.2.2006

Regierungsexpert/innen: EU-Klimaschutzziel unrealistisch

Die auf einer Expertentagung in Exeter (Großbritannien) Ende 2005 verfasste Studie "Avoiding Dangerous Climate Change" kommt zu dem Schluss, dass das EU-Ziel, die durchschnittliche Klimaerwärmung unter 2 Grad Celsius zu halten, unrealistisch ist. Die CO₂-Konzentration in der Atmosphäre dürfte dann nicht über 450 ppm ansteigen. Die Senkung des CO₂-Ausstoßes ist technologisch möglich, bedarf aber umfassender Investitionen in Verringerung und Anpassung der Technologien. Der Bericht empfiehlt Energieeffizienz, Atomkraft, Kraftstoffe mit niedrigen Emissionen und fossile Kraftwerke mit Technologien zur CO₂-Abscheidung und -Speicherung. (ut)

Quelle: www.euractiv.com; 1.2.2006

Kernkraftsicherheitsrichtlinien harmonisiert

Drei Jahre nach dem Beginn der Harmonisierung der Sicherheitsstandards für Atomreaktoren in der EU hat die Western European nuclear regulators association (WENRA) Anfang Februar in Brüssel die bisherigen Ergebnisse vorgestellt. Demnach ist die Harmonisierung der Sicherheitsstandards für Atomkraftanlagen innerhalb der EU „bereits gut vorangeschritten“. WENRA bewertet vor allem die freiwilligen Maßnahmen positiv. Rechtlich verbindliche Maßnahmen, wie sie in den Richtlinienvorschlägen der EU-Kommission ausgearbeitet wurden, werden von WENRA

nicht unterstützt. Die beiden Richtlinienvorschläge setzen verbindliche Sicherheitsrichtlinien für nukleare Sicherheit und atomares Abfallmanagement. Seit 16 Monaten gibt es hier keinen Fortschritt in der EU-Maschinerie. Die Untersuchung zeigte, dass bereits 55 Prozent der relevanten nationalen Gesetze mit den von WENRA festgelegten Rahmenbedingungen übereinstimmen. Die Harmonisierung der praktischen Umsetzung von Sicherheitsstandards ist mit 88 Prozent noch viel höher. Das Bundesumweltministerium betonte, dass es sich bei dem Bericht nicht um die Beurteilung der tatsächlichen Sicherheit von Kernkraftwerken handelt, sondern lediglich um die Harmonisierung von Vorschriften und Standards. (ut)
Quelle: Environment Daily 2036, 10.2.2006

Steuervorteile für AKW-Betreiber verletzen EU-Recht nicht

Die Steuervorteile für Betreiber von Atomkraftwerken in Deutschland sind mit EU-Recht vereinbar. Das Europäische Gericht Erster Instanz sieht in den steuerfreien „Rücklagen“ keine unerlaubte Beihilfe. Deutsche AKW-Betreiber sind verpflichtet, Rücklagen für die Stilllegung der Kraftwerke und die Entsorgung von radioaktivem Abfall zu bilden. Die Stadtwerke hatten dagegen geklagt, dass diese Rücklagen steuerfrei sind. Sie sehen andere Energieversorger benachteiligt. (tl)
<http://curia.eu.int/de>

Greenpeace-Studie: Brennstoff Uran reicht nur noch 65 Jahre

Uran, der Brennstoff der Atomenergie, ist laut einer Greenpeace-Studie nur noch rund 65 Jahre verfügbar. Das Bundeswirtschaftsministerium rechnet mit 62 Jahren. Die Prognosen sind unsicher: Denn die Verfügbarkeit des Urans hängt vom Preis des Rohstoffs ab. Bei einem Preis von 40 Dollar könnten weltweit 1,7 Millionen Tonnen rentabel abgebaut werden. Bei einem Preis von 130 Dollar könne bereits die doppelte Menge aus der Erde geholt werden, so Greenpeace. Ab einer Summe von 312 Dollar könne sogar Uran aus Meerwasser gewonnen werden. (tl)
www.greenpeace.de/themen/atomkraft

■

Das Donaudelta - Landschaft des Jahres 2007/2008

Das Donaudelta - ein Teil des Himmels

„Wenn es den Himmel tatsächlich gibt, dann ist das Donaudelta ein Teil d'avon“, das sagen viele, die schon einmal im Donaudelta gewesen sind. Das Donaudelta wird vom längsten Strom Europas, der bei Donaueschingen im Schwarzwald entspringt, gebildet. Die Donau ist 2.860 km lang und durchquert 10 Länder und 4 Hauptstädte.

Viele Naturfreunde sind an diesem Fluss mit der besonderen Landschaft aufgewachsen, wissen aber wenig darüber, wie die Mündung am Schwarzen Meer aussieht. Der Name „Delta“ stammt von den Griechen, die der Nilmündung Dank der Ähnlichkeit seiner Mündungsform mit dem griechischen Buchstaben den Namen „Nildelta“ gaben. Viele weitere Flussmündungen der Welt haben den Namen übernommen.

In Europa ist das Donaudelta das größte und artenreichste Delta, weltweit liegt es an Stelle 23 der größten Flussmündungen. Es liegt im Osten von Rumänien und in der südlichen Ukraine und hat sich vor rund 2.000 Jahren aus einer ehemaligen alten Schwarzmeerbucht gebildet. Es ist damit eine der jüngsten Landschaften Europas. Seine Gesamtfläche beträgt 5.240 km², davon nimmt das eigentliche Delta eine Fläche von 4.250 km² ein. Die Länge bzw. Breite beträgt jeweils 80 km, dazu kommt der Lagunenkomplex Razim-Sinoe im Süden mit 990 km². In der Nähe von Tulcea, dem Haupteingangstor ins Donaudelta, teilt sich die Donau zuerst in zwei Arme (Chilia- und Tulcea-Arm) und später noch in zwei weitere (Sulina- und Sfântul-Gheorghe-Arm). Der Sfântul-Gheorghe-Arm liegt südlich und ist mit 109 km Länge der älteste Arm der Donau.

Die zahlreichen römischen und griechischen Siedlungen, die entlang der Donau gebaut wurden, lassen erkennen, dass die Donau auch in alten Zeiten von großem wirtschaftlichem Interesse war. In Histria gab es den größten Hafen zu griechischen Zeiten. Von dort wurden Getreide, Fisch und Salz über das Schwarze Meer geliefert und die Deltabewohner bekamen Olivenöl, Gewürze und Früchte. Der Sulina-Arm wurde 1890 von der Europäischen Kommission der Unteren Donau, welche den Sitz in der Hafenstadt Sulina

hatte, künstlich angelegt, um die Schifffahrt zu erleichtern. Er hat sich später, nach den isogeographischen Bewegungen der tektonischen Platten, zum größten Arm der Donau herausgebildet. 65 % des Donauwassers fließen jetzt durch diesen Arm ins Schwarze Meer.

Ein lebendes ethnographisches Museum

Das Donaudelta bietet ein großes ethnographisches Mosaik, das schon in den Zeiten von Herodot, Strabon, Ptolemäus, Ovid und anderen Schriftstellern bekannt war und beschrieben wurde. Geten, Römer, Daker, Walachen, Griechen, Slawen, Bulgaren, Tataren, Türken u.a. haben hier Spuren hinterlassen. Heute leben hier Rumänen, Lipowaner, Ukrainer, Türken, Tataren, Bulgaren, Griechen, Deutsche, Italiener, Roma und Sinti, Aromunen und Armenier zusammen. Auch eine jüdische Gemeinschaft existiert. Man sagt, dass das Delta ein lebendes ethnographisches Museum darstellt, ein gemeinsames Europa und Asien in Miniatur an der Mündung des größten Stromes Europas.

Enorme biologische Vielfalt

Neben der ethnographischen Vielfalt gibt es auch eine geologische, geographische und nicht zuletzt biologische Vielfalt. Im Donaudelta treffen zwei tektonische Platten aufeinander, die dieser Gegend ihren heutigen geomorphologischen Charakter gegeben haben. So haben wir hier die ältesten rumänischen Kalkgebirge, das Herzynische Gebirge. Die Landschaft ist in den südlichen Teilen des Deltas hügelig, und erreicht eine Höhe von 240 m.

Am bekanntesten ist das Donaudelta für seine hohe Biodiversität. Über 1.160 Pflanzenarten, von denen einige hier die nördlichste Verbreitungsgrenze haben (z.B. die Griechische Liane, *Periploca graeca*) und andere in Europa nur hier anzutreffen sind, kommen in den 35 verschiedenen Ökosystemen vor. Das Schilf bildet hier die größte kompakte Fläche der Erde. Das macht das Donaudelta zur größten biologischen Kläranlage Europas. In den Dünengebieten haben sich vor über 600 Jahren Stieleichenwälder gebildet. Nicht weit von diesen Wäldern finden wir Sanddünen mit Steppenflora.

Über dem Donaudelta kreuzen sich sechs wichtige Vogelzugrouten - gezählt wurden 324 Vogelarten pro Jahr. Hier finden sich die größten Rosa- und Krauskopfpelikan-

Brutkolonien Europas. Greifvögel wie Seeadler, Rotfuß-, Wander-, Würg-, und Turmfalke, Mäuse-, Rauhußbussarde, Waldkauze und Sumpfohreulen sorgen für das Gleichgewicht des Ökosystems.

Das Donaudelta ist natürlich auch von hohem wirtschaftlichem Interesse für die Einheimischen. Unter den über 150 Fischarten sind auch die Störe, die durch die Produktion von schwarzem Kaviar noch immer vom Aussterben bedroht sind. Karpfen, Hecht, Zander, Barsch und Wels sind fast in jeder Fischerhütte auf dem Speiseplan zu finden.

Seit 1990 Biosphärenreservat

Nachdem das Donaudelta 1990 mit Hilfe von Jacques-Yves Cousteau zum Biosphärenreservat erklärt und im Unesco-Programm „Man and Biosphere“ als Weltkulturerbe aufgenommen wurde, sind auch die Einheimischen dabei zu lernen, wie mit sanftem Tourismus Einkommensmöglichkeiten geschaffen werden können. Dadurch sind die Bewohner des Deltas jetzt viel offener für die Entwicklung verschiedener Projekte für Tourismus und zur Erhaltung der Biodiversität. Im Delta gibt es heute bereits junge Anbieter, die gezielt sanften Tourismus anbieten, damit auch die nächsten Generationen noch ein Stück Paradies erleben können.

Die Naturfreunde Internationale will gemeinsam mit den rumänischen Naturfreunden ihren Teil zur Erhaltung dieses Paradieses beitragen und hat das Donaudelta als zukünftige Landschaft des Jahres 2007/2008 ausgewählt. ■

Gastautor: Tiberiu Tioc, Naturfreunde Rumänien

• Weitere Informationen

Naturfreunde Rumänien (PNR), Tiberiu Tioc, Cisanadie, Rumänien
Tel./Fax 0040 369 / 806246
mobil: 0040 743 / 025154
eMail: contact@tioc-reisen.ro

Naturfreunde Internationale, Christian Baumgartner, Diefenbachgasse 36, A-1150 Wien
Tel. 0043 1 / 892 38 77
Fax 0043 1 / 812 97 89
email: christian.baumgartner@nfi.at

Finanzierung von Natura 2000 und LIFE+ weiter schwierig

Lobbyarbeit in Straßburg und Berlin dringend nötig

Die Finanzierung von Natura 2000¹ und LIFE+ bleibt weiterhin problematisch (EUR 10.05 S. 35, EUR 08/09.05, S. 38). Neben dem Struktur- und dem ländlichen Entwicklungsfonds stellen der Fischereifonds und LIFE+ weitere Finanzierungsquellen von Natura 2000 dar. Im Rahmen der allgemeinen Budgetkürzungen bleiben auch diese Programme nicht verschont.

► LIFE+ ist ein Finanzierungsinstrument, das andere Umweltprogramme sowie die Forschungsausgaben der EU für den Bereich Umwelt ergänzen soll. Das Ko-Finanzierungsprogramm soll mit dem neuen Haushaltsjahr 2007 in Kraft treten und bis 2013 1,5 Milliarden Euro bereitstellen. Ursprünglich war eine Summe von über 2,19 Milliarden Euro geplant. Bis Mai besteht die Chance für die Verbände, sich bei den Europa-Parlamentarier/innen noch einmal für eine Erhöhung des Budgets von LIFE+ einzusetzen.

► Die Mitgliedstaaten müssen zudem bis 2007 nationale Umsetzungsprogramme für LIFE+ erarbeiten und der Kommission vorlegen. Andreas Baumüller vom Europabüro des WWF machte darauf aufmerksam, dass sich die Verbände jetzt bei ihrer nationalen Regierung dafür einsetzen müssen, dass Natura 2000 einen prominenten Platz in diesen nationalen Programmen bekommt.

WWF-Workshops zur „Finanzierung von Natura 2000“

Im Auftrag der Kommission wird der WWF Deutschland in Zusammenarbeit mit dem NOVA-Institut für politische und ökologische Innovationen und dem Institut für Europäische Umweltpolitik (IEEP) insgesamt 33 Workshops zum Thema „Finanzierung von Natura 2000 in der Förderperiode 2007-13“ in allen Mitgliedstaaten durchführen. Auf die einzelnen Länder zugeschnitten soll die Nutzung der Fonds erklärt werden, ein „Guidance Handbook“

¹ „Natura 2000“ ist die Bezeichnung für ein zusammenhängendes ökologisches Netz besonderer europäischer Schutzgebiete. Natura 2000 ist das wichtigste Instrument der EU, um den Verlust von Biodiversität bis 2010 zu stoppen. Grundlage für dieses Schutzgebietssystem bilden die Vogelschutz-Richtlinie von 1979 und die FFH-Richtlinie von 1992.

soll den Teilnehmer/innen als Leitfaden und Nachschlagewerk dienen.

► Dieses Angebot richtet sich vor allem an die nationalen Behörden. Für eine effektive Umsetzung von Natura 2000, so meint Andreas Baumüller, ist es wichtig, dass auch die NGOs an diesen Workshops teilnehmen. Da die nationalen Regierungen für die Einladung zuständig sind, müssen sich die Verbände direkt an die Behörden wenden. Eine Auftaktveranstaltung fand Mitte Februar in Deutschland statt. (cd) ■

• Weitere Informationen

WWF European Policy Office, Andreas Baumüller, Avenue de Tervuren 36, B-1040 Brüssel
Tel. 0032 2 / 7400921
eMail: abamueller@wwfepo.org
www.panda.org

Informationen zu den WWF-Workshops:
WWF Deutschland, Peter Torkler, Berlin 030 / 30874215
eMail: torkler@wwf.de
http://forum.europa.eu.int/Public/irc/env/financing_natura/library?l=/workshops&vm=detailed&sb=TitleFFH

Zwangsgeld gegen Deutschland abgewendet

FFH-Nachmeldungen: Forderungen der EU-Kommission fristgerecht erfüllt

Bundesumweltminister Sigmar Gabriel hat Mitte Februar 21 zusätzliche Gebiete, die von den Bundesländern nach der Fauna-Flora-Habitat-Richtlinie (FFH-RL) ausgewiesen wurden, nach Brüssel gemeldet. Damit hat laut Gabriel Deutschland sämtliche von der EU-Kommission angemahnten Nachmeldungen und alle Forderungen im Rahmen eines Zwangsgeldverfahrens fristgerecht erfüllt. „Ich bin sehr optimistisch, dass die EU-Kommission nach Prüfung der nun vorgelegten FFH-Nachmeldungen das Verfahren gegen Deutschland einstellen und somit die Zahlung hoher Strafgebühren abwendet wird“, sagte Gabriel.

Wegen mangelhafter Umsetzung der FFH-Richtlinie hatte die Europäische Kommission im Dezember 2005 im Rahmen des seit April 2003 laufenden Zwangsgeldverfahrens ein letztes Mahnschreiben an Deutschland geschickt, in dem die noch bestehenden Meldedefizite der Länder im Detail und eine Meldefrist bis zum 19. Februar benannt wurde (vgl. EUR 02.06, S. 29). Bei nicht erfolgter fristgerechter Nachmeldung wäre mit einer Klage der EU-Kommission vor dem Europäischen Gerichtshof, einem Strafgebühren in zweistelliger Millionenhöhe sowie zusätzlich einem Zwangsgeld von bis zu 900.000 Euro pro Tag bis zur vollständigen Nachmeldung der Gebiete zu rechnen gewesen. Hauptkritikpunkt der Kommission waren die fehlenden Meldungen an den Ästuare (Flussmündungen) von Ems, Weser, Elbe und Trave durch die zuständigen Küstenländer. Diese wurden nun vollständig als FFH-Gebiete nach Brüssel gemeldet. „Nachdem die FFH-Meldungen nun abgeschlossen sind, kommt es jetzt darauf an, das ökologische Netz Natura 2000 mit Leben zu füllen“, kommentierte der Umweltminister. (bv) ■

• Weitere Informationen

NABU, Claus Mayr, EU-Naturschutzrechtsexperte, Bonn
Tel. 0228 / 4036-166, Fax -203
eMail: claus.mayr@nabu.de
www.nabu.de

Quelle:
BMU Pressedienst Nr. 027/06

Vogelgrippe: Impfdebatte in der EU

Experten warnen vor Maskierung und Ausbreitung des Virus durch Impfung

Im Kampf gegen eine Ausweitung der Vogelgrippe wollen mehrere EU-Staaten vorbeugend gegen das Virus impfen. Frankreich und die Niederlande haben laut EU-Kommission in Brüssel entsprechende Anfragen eingereicht. Die Bundesregierung hat Vorbehalte gegen die vorsorglichen Impfungen. Experten betonen, dass es dafür keine Marker gibt, mit denen geimpfte Tiere von anderen unterschieden werden können. Zudem können geimpfte Tiere den Virus übertragen, ohne selbst daran zu erkranken. Auf diese Weise könnte das hochgefährliche H5N1-Virus sich unbemerkt in geimpften Beständen ausbreiten und dann zwischen Wild- und Nutztieren hin- und zurückspringen. Dann wäre es nicht mehr ausrottbar. Außerdem lassen sich Fleisch und Eier von geimpftem Geflügel nicht exportieren. Bis ein Marker-Impfstoff verfügbar ist, der es erlaubt, zwischen geimpften und infizierten Tieren zu unterscheiden, werden nach Meinung von Experten noch mindestens zwei bis drei Jahre vergehen.

Vor drei Jahren brach in den Niederlanden bereits eine Vogelgrippe-Epidemie, die so genannte Geflügelpest, aus. Das Virus vom Typ H7N1 war für Menschen weniger gefährlich als H5N1, doch für Geflügel war H7N1 eine Seuche. Die Niederländer reagierten damals mit der Tötung von 30 Millionen Tieren. In Italien hingegen impfte man 2003 einige Bestände. Während in den Niederlanden die Geflügelpest gebannt ist, sind die Bestände in Italien bis heute nicht frei von der Geflügelpest.

Bislang war EU-weit verbindlich, dass gleich nach dem ersten Auftreten des Virus der gesamte Bestand gekeult wurde. Impfungen waren nur erlaubt, um die unmittelbare Verbreitung in einem Bestand einzudämmen. Doch eine vor zwei Monaten verabschiedete EU-Richtlinie (2005/94/EG) hat das Prozedere flexibilisiert, indem sie die Entscheidung weitgehend den Mitgliedstaaten überlässt. Am 20. Februar trifft sich der EU-Agrarrat, um darüber zu debattieren. (bv) ■

• Weitere Informationen

www.spiegel.de/wissenschaft/mensch/0,1518,401590,00.html

Agrar-Umwelt-Programme für Biodiversität ineffektiv

Expert/innen fordern klare, messbare Ziele und Spezifizierung auf Arten

Agrar-Umwelt-Programme sind größtenteils ineffektiv für den Biodiversitätsschutz, warnten Forschungsinstitute aus sechs europäischen Ländern während einer Konferenz Ende Januar in der Universität Wageningen (Niederlande). Die Ergebnisse aus fünf europäischen Ländern zeigen, dass häufige Vogel-, Insekten- und Pflanzenarten kaum und bedrohte Arten der Roten Listen überhaupt nicht von diesem Naturmanagement profitieren. Die Wissenschaftler/innen schlugen die Etablierung von klareren und messbaren Zielen vor und rieten, dass sich die Politik mehr auf den Schutz spezifischer Arten oder Artengruppen fokussieren solle. Außerdem sei die Fortbildung von Landwirt/innen eine Schlüsselaufgabe.

Agrar-Umwelt-Finanzierung ist das politische Hauptinstrument zur Entwicklung einer umweltgerechten und nachhaltigen Landwirtschaft. Landwirte erhalten finanzielle Anreize, um umweltfreundliche Bewirtschaftungsmethoden wie die späte Mahd von Wiesen oder geringere Düngemengen anzuwenden. Damit soll den negativen Auswirkungen der modernen Landwirtschaft auf natürliche Habitate entgegengewirkt werden. Im Jahr 2003 wurden 3,7 Milliarden Euro für diese Maßnahmen ausgegeben. In den 15 alten Mitgliedstaaten der EU wurde im Jahr 2005 rund ein Viertel der landwirtschaftlich genutzten Fläche durch Agrar-Umwelt-Programme bezuschusst.

In der Praxis hat es sich durchgesetzt, dass Agrar-Umwelt-Subventionen zur indirekten Unterstützung von ländlichen Regionen oftmals dann ausgezahlt wurden, wenn eine direkte Unterstützung aufgrund von Wettbewerbsverzerrung im internationalen Handel nicht möglich war. Bereits im vergangenen Herbst war die Agrar-Umwelt-Finanzierung aufgrund der geringen finanziellen Kontrolle in die Kredit geraten (bv) ■

• Weitere Informationen

Quellen:
Environment Daily 06.02.06
www.innovations-report.com/html/reports/environment_sciences/report-54819.html

Neue Projekte für mehr Biodiversitäts-Forschung

Biodiversitätsverlust durch mehr Forschung stoppen

Während der letzten vier Jahre hat die EU-Kommission die Entwicklung eines EU-weiten Netzwerkes von nationalen, europäischen und internationalen Akteuren der Biodiversitäts-Forschung unterstützt. Mit der anstehenden Maßnahme „Globaler Wandel und Ökosysteme“ im Rahmen des 6. EU-Forschungsrahmenprogramms (FP6) soll diese Entwicklung ausgeweitet und gestärkt werden.

Außerdem werden demnächst die Verhandlungen zu BIOSTRAT, einer Maßnahme zur Entwicklung und kontinuierlichen Überarbeitung der existierenden Biodiversitätsforschungs-Strategie, beginnen. Dadurch sollen Europas Anstrengungen, dem Biodiversitätsverlust Einhalt zu gebieten, unterstützt werden.

Darüber hinaus hat die Europäische Plattform für Biodiversitätsstrategie (EPBR) einen „Aktionsplan für Biodiversitätsforschung“ entwickelt, der beschreibt, welches Wissen erforderlich ist, um den Biodiversitätsverlust zu stoppen und die Ursachen und Auswirkungen des Biodiversitätswandels abzuschätzen. Der Aktionsplan beschreibt Ziele für die Umwidmung von Fonds und für die Strukturierung von Biodiversitätsforschung in Europa, um die Wissenschaft besser in die Bemühungen des Biodiversitätserhaltes einzubeziehen. (bv) ■

• Weitere Informationen

Quelle:
www.europa.eu.int/comm/research/environment/newsanddoc/article_3761_en.htm

Tierschutz-Aktionsplan von EU-Kommission angenommen

Tierschützer begrüßen Zielsetzungen

Die EU-Kommission hat Ende Januar einen Aktionsplan mit Vorschlägen für Verbesserungen zum Schutz und zum Wohl der Tiere (Animal Welfare Action Plan) angenommen. Der Aktionsplan ist auf fünf Jahre ausgerichtet und soll den Tierschutz möglichst effektiv in die EU-Gesetzgebung und in die Beziehungen der EU zu Drittländern einbringen. Zur Verwirklichung dieses Ziels wurden folgende fünf Hauptaktionsbereiche für die Jahre 2006 bis 2010 festgelegt:

- Verbesserung geltender Normen für den Schutz und das Wohlbefinden von Tieren,
- Förderung von Alternativmethoden zu Tierversuchen,
- Einführung und Entwicklung einheitlicher Tierschutzindikatoren,
- Verbesserte Information für Tierhalter/Tierbetreuer sowie für die allgemeine Öffentlichkeit zu Fragen des Tierschutzes,
- Unterstützung internationaler Tierschutzinitiativen, zum Beispiel bei den laufenden WTO-Verhandlungen.

Der Aktionsplan ist auf eine Initiative des Parlaments und des Ministerrats zurückzuführen und dient dazu, die geltenden EU-Tierschutzvorschriften zu präzisieren und zugleich Vorschläge für Bereiche zu unterbreiten, in denen bislang nur unzureichende Maßnahmen ergriffen wurden. Des Weiteren soll dem Tierschutzgedanken gemäß dem Protokoll zum EU-Vertrag über den Tierschutz und das Wohl der Tiere in den einschlägigen Politikbereichen im vollen Umfang Rechnung getragen werden.

Die Tierschutzorganisation Vier Pfoten wertet die angekündigten Verbesserungen in der europäischen Tierschutzpolitik generell sehr positiv, der Erfolg dieser Initiative sei jedoch erst in fünf Jahren zu bewerten. (bv) ■

• Weitere Informationen

Vier Pfoten, Beate Schüler, Pressesprecherin
Tel. 040 / 399 249-66
eMail: beate.schueler@vier-pfoten.de
http://presseportal.de/
story.htx?firmaid=17477

Newsticker

Neuer Biodiversitäts-Kalender im Netz

Der „Global Biodiversity Calendar of Events“ der Konvention über Biologische Vielfalt gibt einen Überblick über die internationalen Veranstaltungen und Konferenzen zum Thema Biodiversität bis September 2007. (bv)

Download:
www.biodiv.org/doc/lists/events.pdf

Europäischer Schülerwettbewerb zum Thema Artenvielfalt

Im Rahmen der Brüsseler Grünen Woche vom 30. Mai bis 2. Juni wird dieses Jahr wieder ein Schulwettbewerb organisiert, der Jugendliche aus allen EU-Mitgliedstaaten und Beitrittsländern dazu motivieren soll, sich künstlerisch mit Umweltthemen auseinanderzusetzen. Jüngere Kinder können zeichnerisch, ältere Schüler/innen mit kurzen digitalen Videos zum Thema Artenvielfalt am Wettbewerb teilnehmen. Die Bestplatzierten werden zur Preisverleihung nach Brüssel eingeladen. Einsendeschluss ist der 25. März. (bv)
www.greenweek2006.eu.org

WWF warnt vor ökologischen Schäden beim Ausbau von Wasserwegen

Der WWF fordert die EU-Staaten auf, die Donau als größten naturnahen Strom Europas nicht der Binnenschifffahrt zu opfern. Transportpläne für Binnengewässer, die vorsehen, Fracht von der Straße auf die Flüsse zu verladen, können nur dann umweltfreundlich sein, wenn dabei gesunde Flussökosysteme erhalten bleiben, warnt der WWF. Er fordert für die Donau und andere bedeutende Wasserwege die Erstellung eines strategischen Entwicklungsplans und bis dahin ein Ausbaumoratorium. (bv)

Quelle: www.wwf.de/presse/pressearchiv/artikel/02891

Raubbau an Wäldern Indonesiens gefährdet unbekannte Artenvielfalt

Der in den indonesischen Regenwäldern neu entdeckte kleinste Fisch der Welt ist nach Einschätzung des WWF durch massiven Raubbau gefährdet. Mehr als 70 Prozent des in Indonesien eingeschlagenen Holzes stammt aus illegalem Raubbau. Auch Deutschland profitiert vom Kahlschlag: Jedes Jahr wird allein aus Indonesien illegales Holz im Wert von 150 Millionen Euro importiert. (bv)

Quelle: www.wwf.de/presse/pressearchiv/artikel/02863

Dänemark ergreift Maßnahmen gegen Holzhandel

Der dänische Umweltminister Connie Hedegaard hat einen Neun-Punkte-Plan zur Stärkung der geltenden Leitlinien über den Handel mit illegal geschlagenem Holz und über die Förderung von „best practice“ bei der öffentlichen Beschaffung veröffentlicht. Dänemark war 2003 das erste Land in Europa, das solche Zertifizierungs-Leitlinien erlassen hat. (bv)
Quelle: Environment Daily 06.02.06

Riesiges Amazonas-Gebiet geschützt

Der brasilianische Präsident Luiz Inácio da Silva hat Mitte Februar per Gesetz Schutzgebiete im Nordosten Brasiliens durchgesetzt. Die Schutzgebiete umfassen insgesamt eine Fläche von 6,4 Millionen Hektar. Das entspricht in etwa der Fläche Bayerns. (bv)

Quelle:
www.umweltschutz-news.de/123artikel848rss.html

Auswirkungen des Klimawandels auf den Doñana-Nationalpark in Spanien

Ein im Auftrag des WWF erstellter Bericht fasst die Auswirkungen des Klimawandels auf den Doñana-Nationalpark in Spanien zusammen. Der Bericht „Doñana and climate change: proposals to reduce the impacts“ prognostiziert im Laufe des Jahrhunderts einen Temperaturanstieg für das Gebiet von 3-4 °C, eine Verlängerung des Sommers um 2-5 Wochen, geringere Niederschläge sowie einen Anstieg des Meeresspiegels. (bv)

Quelle: www.panda.org/about_wwf/where_we_work/europe/what_we_do/epo/news/index.cfm?uNewsID=58160

BirdLife hofft auf Diclofenac-Verbot

Die Naturschutzorganisation BirdLife hofft, dass das Medikament Diclofenac, das Ursache für das fast vollständige Aussterben von drei Geierarten ist, demnächst in Indien und weltweit verboten wird. Diclofenac wird Vieh als Beruhigungsmittel verabreicht. Geier nehmen die Arznei durch den Verzehr von Tierkadavern auf. Die indische Regierung wartet zurzeit die endgültigen Testergebnisse über die Substitution mit Meloxicam ab. (bv)

Quelle: www.birdlife.org/news/news/2006/02/vulture_update.html

■

Luftfahrtindustrie will expandieren

Gemeinsame Initiative der Lobbyverbände ACI und Eurocontrol

Nach Auffassung der Luftfahrtindustrie muss die Kapazität der europäischen Flughäfen vergrößert werden. Das sei notwendig, damit die für das Jahr 2020 vorausgesagte Verdoppelung des Luftverkehrs bewältigt werden könne. Die Flughafenhandelsorganisation ACI Europe und der Luftfahrtdienst Eurocontrol forderten von der Industrie Partnerschaften, um den „ökologischen und finanziellen Herausforderungen“ der Expansion gerecht zu werden. Zurzeit wächst der Luftverkehr in Europa jährlich um gut 3 Prozent.

Der Flugverkehr steht auf Grund seines anhaltenden Wachstums zunehmend im Brennpunkt des umweltpolitischen Interesses. Im vergangenen Herbst schlug die EU-Kommission vor, die Luftfahrt in den Emissionshandel einzubeziehen, damit der Sektor seine klimaschädliche Wirkung reduzieren kann. Nach eigenen Angaben unterstützen die europäischen Flughäfen dies. Die ACI forderte eine feste Obergrenze für Emissionen. Die Reduzierung der Luftschadstoffe sei eine schwierige, aber unumgängliche Aufgabe für die Branche, wenn sie die Genehmigung zur Expansion erhalten wolle. Eurocontrol betonte, dass auch effizientere Luftkontrollsysteme zur Verringerung von Emissionen beitragen würden. (mbu) ■

• Weitere Informationen

ACI Europe, 6 Square de Meeus,
B-1000 Brüssel
Tel. 0032 2 / 5552-0982
eMail: info@aci-europe.org
www.aci-europe.org

„Meeresautobahnen“ sollen Straßenverkehr entlasten

Kommissar Barrot: Frachtverkehr auf See hat ökologische Vorteile

Im Januar trafen sich die Verkehrsminister/innen der EU mit Vertreter/innen der Industrie, der Mitgliedstaaten und des Europäischen Parlaments in Slowenien, um die Förderung so genannter Hochgeschwindigkeitsseewege vorzubereiten. Ziel dieser Initiative ist es, durch den Ausbau des Güterverkehrs auf See den Lkw-Verkehr auf europäischen Autobahnen zu reduzieren. Ganz oben auf der Tagesordnung standen die Auswahl der Häfen und Hafenregionen, die Seeverkehrsverbindungen sowie Fragen zur Finanzierung.

Häfen sollen ausgebaut werden

EU-Verkehrskommissar Jacques Barrot betonte die Bedeutung der geplanten „Meeresautobahnen“. Ein verstärkter Frachtverkehr auf dem Seeweg sei eine umweltfreundliche Transportvariante, die gleichzeitig Verkehrsauslastungen reduzieren könne, sagte er. Nach Plänen der Kommission sollen häufig genutzte Seewege ausgebaut werden. Der Ausbau soll sich auf eine begrenzte Zahl von Häfen konzentrieren. Schätzungen der EU gehen davon aus, dass bis 2020 der Straßengüterverkehr in der EU um 70 Prozent zunimmt. Hochgeschwindigkeitsseewege sollen einen großen Teil dieses Anstiegs kompensieren und damit eine wettbewerbsfähige Alternative zum Straßenverkehr bieten. (mbu) ■

• Weitere Informationen

Europäische Kommission, Generaldirektion Energie und Verkehr, Rue de la Loi 200, B-1049 Brüssel
Tel. 0032 2 / 29-80300, Fax -94896
www.europa.eu.int/comm/transport/intermodality/motorways_sea/index_en.htm

Aktionsprogramm für die Binnenschifffahrt

Mehr Fracht auf Schiffen gegen Staus und Umweltschäden

Die EU-Kommission hat im Januar ein Aktionsprogramm für den Ausbau der Binnenschifffahrt vorgeschlagen. Das Programm trägt den Namen NAIADES (Navigation and Inland Waterway Action and Development in Europe) - in Anlehnung an die Najaden, die Wasser bewohnenden Nymphen der griechischen Mythologie. Nach Auffassung der Kommission kann durch die Stärkung der Binnenschifffahrt der Straßenverkehr in Europa von Staus, Umweltschäden und Verzögerungen entlastet werden. Berechnungen der EU gehen davon aus, dass der Güterverkehr in Europa wegen des zunehmenden Übersee-handels und der EU-Erweiterung bis 2015 um ein Drittel wachsen wird.

WWF: Flüsse nicht begradigen und vertiefen - Ökosysteme erhalten

Die Umweltorganisation WWF steht den Plänen der Kommission skeptisch gegenüber. Die EU müsse ihre Wasserwege als lebendige Flüsse sehen, nicht als reine Transportkanäle, hieß es in einer Reaktion auf das NAIADES-Programm. Hauptkritikpunkt des WWF: Die Binnenschifffahrt sei nicht allein dadurch umweltfreundlich, dass sie weniger CO₂ ausstößt. Nachhaltigkeit könne nicht erreicht werden, wenn wertvolle Funktionen des Ökosystems Fluss ignoriert würden, wie die Trinkwasserversorgung oder der Hochwasserschutz. Wenn z.B. die Donau begradigt und vertieft werde, führe das zu massiven Schäden an Umwelt und Wirtschaft, so der WWF. Binnenschifffahrt könne nur dann eine umweltfreundliche Alternative für den Güterverkehr auf der Straße sein, wenn globale CO₂-Emissionen ebenso berücksichtigt würden wie die Auswirkungen auf das Ökosystem der Flüsse. (mbu) ■

• Weitere Informationen

WWF Österreich, Ottakringer Str. 114-116, A-1160 Wien
Tel. 0043 1 / 48817-280
eMail: wwf@wwf.at
www.wwf.at

Newsticker

Deutsche Speditionen protestieren gegen höhere Maut für Lkw

Der Bundesverband deutscher Transportunternehmen (BGL) hat den Gang vor den Europäischen Gerichtshof angekündigt, nachdem die EU-Kommission die von der Bundesregierung geplante Mauterstattung ablehnte. Als Ausgleich für die hohen Spritkosten sollte den Spediteuren in Deutschland ein Teil der Mineralölsteuer erlassen werden. Die Kommission sah darin einen Verstoß gegen den fairen Wettbewerb. Ausländische Unternehmen würden dadurch benachteiligt. Das Verkehrsministerium prüft derzeit alternative Mauterstattungsverfahren. (mbu)
Quelle: Environment Daily, 25.01.06
www.bgl-ev.de

Strengere Haftungsregeln für Sicherheit im Seeverkehr

Nachdem ein mit 10.000 Tonnen Phosphorsäure beladener Tanker im Februar im Ärmelkanal gesunken ist, hat die EU-Kommission die Mitgliedstaaten aufgefordert, sich endlich auf strengere Haftungsregeln bei solchen Unfällen zu einigen. Bisher haben sich die Mitgliedstaaten nicht auf eine gemeinsame Position über Haftungsregeln in der Seeverkehrssicherheit einigen können. Umweltverbände kritisieren schon seit langem zu niedrige Qualitätsmaßstäbe und fordern mehr Prävention zur Vermeidung von Unfällen und Umweltverschmutzung. (ng)
EU-Kommission, GD Energie und Verkehr,
eMail: sss@cec.eu.int
Quelle: Environment Daily, 02.02.06

■

Neue Richtlinie für den Hochwasserschutz

Vorausschauende Risikobewertung und Risikomanagementpläne

Die EU-Kommission hat am 18. Januar 2006 einen Vorschlag für eine neue Richtlinie vorgelegt, mit der die Mitgliedstaaten Hochwasser und dessen negative Auswirkungen auf Gesundheit, Umwelt, Infrastruktur und Eigentum vermeiden oder begrenzen sollen.

In der neuen Richtlinie werden die Mitgliedstaaten aufgefordert, eine vorausschauende Bewertung des Hochwasserrisikos vorzunehmen, um die am stärksten gefährdeten Einzugsgebiete und zugehörigen Küstengebiete zu ermitteln. Für diese Gebiete sind Hochwasserrisikokarten und Pläne für das Hochwasserrisikomanagement zu erstellen. Der Schwerpunkt wird dabei auf Vermeidung, Schutz und Bereitschaft gelegt.

Klimawandel lässt Hochwasserrisiko weiter ansteigen

Hochwasser hat in Europa seit 1998 rund 700 Todesfälle verursacht. Darüber hinaus musste ungefähr eine halbe Million Menschen ihr Heim verlassen und es entstanden versicherte wirtschaftliche Verluste in Höhe von mindestens 25 Milliarden Euro. Zwischen 1998 und 2004 gab es in Europa über 100 größere Hochwasserereignisse, insbesondere entlang der Flüsse Donau und Elbe im Jahr 2002. Das starke Hochwasser im Jahr 2005 hat den Bedarf an konzertierten Maßnahmen weiter erhöht. Hochwasser kann schwer wiegende Umweltfolgen haben, wenn zum Beispiel Anlagen betroffen sind, die große Mengen giftiger Chemikalien lagern.

Für die kommenden Jahrzehnte wird davon ausgegangen, dass das Hochwasserrisiko und die damit verbundenen wirtschaftlichen Schäden in Europa weiter ansteigen. Der Klimawandel wird intensivere Niederschläge und steigende Meeresspiegel mit sich bringen, so dass Umfang und Häufigkeit von Hochwasser wahrscheinlich zunehmen werden.

Der Richtlinien-Vorschlag schafft einen EU-Rahmen für das Hochwasserrisikomanagement, der auf die im Jahr 2000 verabschiedete Wasserrahmenrichtlinie aufbaut und darauf abgestimmt ist. Vorgeschlagen wird eine Vorgehensweise in drei Phasen:

1. Zunächst nehmen die Mitgliedstaaten eine vorausschauende Bewertung des Hochwasserrisikos ihrer Einzugsgebiete und dazugehöriger Küstengebiete vor.

2. Besteht ein echtes Risiko für Hochwasserschäden, so erstellen die Mitgliedstaaten Hochwasserrisikokarten.

3. Schließlich müssen für diese Gebiete Pläne für das Hochwasserrisikomanagement ausgearbeitet werden. Diese umfassen Maßnahmen zur Verringerung der Wahrscheinlichkeit von Hochwasser und zur Minderung potenzieller Folgen.

Schwerpunkte: Vermeidung, Schutz, Bereitschaft

Zu berücksichtigen sind alle Phasen des Hochwasserrisikomanagements; der Schwerpunkt liegt jedoch auf

- Vermeidung - z.B. durch Vermeidung des Baus von Häusern und Industrieanlagen in aktuellen und zukünftigen Risikogebieten oder durch Berücksichtigung des Hochwasserrisikos bei künftigen Entwicklungen
- Schutz - durch Maßnahmen zur Verringerung der Wahrscheinlichkeit von Hochwasser und/oder seiner Auswirkungen an einem bestimmten Standort, zum Beispiel durch Wiederherstellung von Überschwemmungs- und Feuchtgebieten
- Bereitschaft - z.B. Hinweise für die Öffentlichkeit zur Verhaltensweise bei Hochwasser

Bei internationalen Einzugsgebieten müssen diese Schritte zwischen den betreffenden Mitgliedstaaten koordiniert werden, um zu vermeiden, dass Probleme einfach von einem Gebiet in ein anderes verlagert werden. Bei der Erstellung und Aktualisierung der Pläne für das Hochwasserrisikomanagement ist eine aktive Einbeziehung der interessierten Kreise zu gewährleisten; die Pläne, Risikobewertungen und Karten werden öffentlich zugänglich gemacht.

EEB: Positiver Schritt, Widerspruch zur EU-Infrastrukturförderung bleibt aber

Umweltverbände wie das Europäische Umweltbüro (EEB) haben den Richtlinien-vorschlag der Kommission als Schritt in die richtige Richtung bezeichnet. Vor allem die Verbindung zwischen Hochwassermanagement und dem ökologischen Wassermanagement - wie unter der Wasserrahmenrichtlinie vorgeschrieben - könnten zu der Erhaltung von biologischer

Vielfalt, sauberem Wasser und Anpassungsmassnahmen an den Klimawandel beitragen.

Kritikwürdig sei allerdings, dass die Kommission sich in ihrer Vorlage nicht von der gegenwärtigen Finanzierungspraxis von Infrastrukturmaßnahmen abende. Gerade diese habe in der Vergangenheit dazu geführt, dass immer mehr Flächen versiegelt wurden und immer weniger Platz für den natürlichen Lauf der Flüsse vorhanden sei. (ng) ■

• Weitere Informationen

Richtlinien-Vorschlag, zugehörige Unterlagen und weitere Informationen zur EU-Wasserpolitik:

www.europa.eu.int/comm/environment/water/flood_risk

Europäisches Umweltbüro, (EEB),
Stefan Scheuer, 34 Boulevard de Waterloo, B-1000 Bruxelles
Tel. 0032 2 / 2891094
eMail: stefan.scheuer@eeb.org
www.eeb.org

Quelle: www.europa.eu.int/rapid (Reference IP/06/50, 18.01.06)

Veröffentlichungen

Wer profitiert von Gentech-Pflanzen?

Seit Januar liegt die Kurzfassung einer Studie über den Einfluss von Konzernen auf den Einsatz von gentechnisch veränderten Pflanzen in der Landwirtschaft vor. Die Autor/innen von Friends of the Earth Europe (FoEE) analysieren darin das Aufkommen genmanipulierter Ernten von 1996 bis 2005. Ihre Hauptthese: Die rasante Verbreitung genmanipulierter Pflanzen in einigen Ländern ist weniger auf den Nutzen zurückzuführen, den die Gentechnik angeblich bringt. Vielmehr ist sie ein Resultat der aggressiven Werbefeldzüge der Biotechnikindustrie, vor allem des führenden Konzerns Monsanto. Dabei hätten die Firmen stets die negativen Folgen und Probleme, die der Einsatz der Grünen Gentechnik mit sich bringe, verschwiegen, so die Autor/innen der Studie. Der Einfluss vor allem von Monsanto sei so groß, dass selbst die Welternährungsorganisation FAO ungeprüft Positionen des Konzerns übernommen habe. So etwa die Behauptungen, dass gentechnisch veränderte Produkte nicht umweltschädlich seien und dass sie Hunger und Armut mindern könnten. Die Autoren der Veröffentlichung appellieren an die Regierungen, das Vorgehen Monsanto's zu stoppen und Verantwortung für die Gesundheit von Menschen und Umwelt zu übernehmen. (mbu)

Friends of the Earth Europe (Hg.): Who benefits from GM crops? Monsanto and the corporate-driven genetically modified crop revolution, Kurzfassung, Lasolut Productions, Nigeria 2006; ISBN: 90-0914913-9; Internet-Download: www.foeeurope.org/publications/2006/who_benefits_from_gm_crops_Jan_2006.pdf

IRENA-Bericht über Landwirtschaft und Umwelt in der EU

Im Januar ist der jüngste Bericht über die Integration von Umweltbelangen in die Gemeinsame Agrarpolitik (GAP) erschienen. Der von der Europäischen Umweltagentur (EEA) herausgegebene Bericht liefert eine Einschätzung über die Fortschritte in der Entwicklung von Agrar-Umweltindikatoren. Diese sind Voraussetzung, um die Einbeziehung von Umweltbelangen in alle Politikfelder der EU zu beobachten. In der Mitteilung KOM (2000) 20 der EU-Kommission sind die Indikatoren detailliert beschrieben. (mbu)

EEA (Hg.): Agriculture and environment in EU-15 - the IRENA indicator Report; EEA-Report Nr. 6/2005, 2006, 128 Seiten; Bezug und Internet-Download (23 MB): http://reports.eea.eu.int/eea_report_2005_6

CoMPAS: Computersimulationsspiel zum Küstenzonenmanagement

CoMPAS (Coastal Management Practices to Achieve Sustainability) ist ein im Rahmen des Bildungsprojekts CoastLearn¹ entwickeltes Simulationsspiel zum Integrierten Küstenzonenmanagement. Es steht kostenlos zum Download im Internet zur Verfügung und kann allein oder zu mehreren am Rechner gespielt werden. Ziel des Spiels ist es, durch nachhaltiges Management nach einem Investitionszeitraum von 20 Jahren eine möglichst intakte Küstenlandschaft vorweisen zu können. Die Spieler/innen können zwischen drei Szenarien (Hinterland, Küste, Meer) wählen und dann entscheiden, wie viel Geld sie in die jeweils dort befindlichen Wirtschaftssektoren wie Papierindustrie, Tourismus oder Landwirtschaft investieren wollen. Das Spiel ist für Student/innen oder Fachleute geeignet, die im Managementbereich arbeiten. (db) www.netcoast.nl/coastlearn/website/compas/index.htm

■

¹ CoastLearn: Weiterbildungspaket zum Integrierten Küstenzonenmanagement der EUCC (European Union for Coastal Conservation)

Termine

Umwelt-Veranstaltungstermine von EU-weitem und internationalem Interesse bitte an juliane.gruening@dnr.de mailen.

Diese Termine im Internet:
www.dnr.de/termine
(aktueller und oft auch ausführlicher)

Weitere Termine im Internet:
www.dnr.de/terminlinks
(siehe dort vor allem: BMU, UBA, EU)

20.-31.3., Curitiba, Brasilien

8. Vertragsstaatenkonferenz zur Biodiversitätskonvention

CBD-Sekretariat, 413 St-Jacques Street, 8th floor, Office 800, Montreal, Quebec, Canada, H2Y 1N9
Tel. 001 5 / 14 288-2220, Fax -6588
secretariat@biodiv.org
www.biodiv.org/convention/cops.asp

3./4.4., Graz, Österreich

Umweltvergaberecht: Politik in der Praxis

ICLEI Training Centre, Freiburg/Br.
Tel. 0761 / 36892-0, Fax -29
gpp2006@iclei-europe.org
www.iclei.org/itc/gpp2006

5.4., Wien

Marsch für ein gentechnikfreies Europa

Plattform gentechnikfreie Regionen, Michael Johann, St. Margareten, Österreich
Tel. 0043 664 / 2668548
michael.johann@aon.at
www.gmofree-europe.org

7.-9.4., Bonn

Zeitbombe Atomenergie - 20 Jahre nach Tschernobyl

Kongress; Internationale Ärzte für die Verhütung des Atomkrieges - IPPNW
Tel. 030 / 69-80740, Fax -38166
uhe@ippnw.de
www.tschernobylkongress.de

8.4., weltweit

Internationaler Aktionstag gegen gentechnisch veränderte Organismen

Alter Campagne, Frankreich
alter.campagne@laposte.net
Info-Tel. 07472 / 442370, Jürgen Binder
<http://altercampagne.free.fr>

2./3.5., London

Nanopartikel für europäische Industrie

Konferenz; Institute of Nanotechnology, Gemma McCulloch
Tel. 01786 447520
gemma@nano.org.uk
www.nano.org.uk

17./18.5., Barcelona, Spanien

Neue Wasserpolitik - Die Wasserrahmenrichtlinie

Symposium; Deutsche Vereinigung für Wasserwirtschaft, Abwasser und Abfall
Tel. 02242 / 8721-89, Fax -35
ewa@dwa.de
www.ewaonline.de/pages/workshops.htm

17.-19.5., Delft, Niederlande

Enviowater 2006

Konferenz; Enviowater
Tel. 0031 / 748-3849, Fax -2166
enviowater2006@wur.nl
www.wau.nl/rpv/isomul/enviowater2006

30./31.5., Odense, Dänemark

EU-Tagung zur Bio-Landbauforschung

Danish Research Centre For Organic Farming (DARCOF), Claus Bo Andreasen, Foulum
Tel. 0045-89991035, Fax -40798032
clausbo.andreasen@agrsci.dk
www.organic-congress.org

5.-7.6., Rhodos, Griechenland

Umweltprobleme in Küstenregionen

Konferenz; Wessex Institute of Technology, Charlotte Bartlett
Tel. 0044 / 2380293223
cbartlett@wessex.ac.uk
www.wessex.ac.uk/conferences/2006/coast06

11.-14.6., Arendal, Norwegen

Integriertes Küstenzonenmanagement

Internationales Symposium; Institute for Marine Research of Norway
Tel. 0047 37 / 05900-0, Fax -1
iczm2007@imr.no
www.imr.no/iczm

12.-16.6., Göteborg, Schweden

Transport Research Arena Europe 2006

Erste Europäische Forschungskonferenz zum Straßenverkehr; EU-Kommission; Tagungsbüro:
Tel. 0046 31 / 7742-628, Fax -730
info@traconference.com
www.traconference.com

14.-16.6., Grenoble, Frankreich

Konferenz: Nanobiotechnologie in Europa

Commissariat à l'Energie Atomique (CEA)
Tel. 033 4 / 3878-3854 Fax -5164
patrick.boisseau@cea.fr
www.nanobio-europe.com

20.-23.6.2006, Nyborg, Dänemark

Forschung und Management über die Eutrophierung in Küstenregionen

Symposium; Danish Environmental Protection Agency
Tel. 0045 / 65313-131, Fax -701
nyborgstrand@nyborgstrand.dk
eutro2006@dhi.dk

21.-23.6., Malta

Umwelt und Abfallbeseitigung

Konferenz; Wessex Institute of Technology, Katie Banham
Tel. 0044 / 238029-3223, Fax -2853
kbanham@wessex.ac.uk
www.wessex.ac.uk/conferences/2006/waste06/index.html

29.6-1.7., Porto, Portugal

Bürgerhaft - Diskurs und Praxis

Konferenz; Fernando-Pessoa-Universität
Tel. 00351 / 225-071300, Fax -508269
pdias@ufp.pt
www.ufp.pt/page.php?intPageObjId=14469&PHPSESSID=

1.7.-1.8., Litauen, Polen, Slowakei, Ungarn, Slowenien, Italien ...

Ecotopia Biketour 2006

Selbstorganisierte Internationale Fahrradtour; EYFA (European Youth For Action), Amsterdam
Tel. 03120-6657743, Fax -6928757
info@worldcarfree.net
www.thebiketour.net

13.-17.7., Wollongong/Sydney, Australien

GIS und Computerkartographie für Küstenzonen

Internationales Symposium; Universität Wollongong
Tel. 0061 24221 / 3555
rfurness@ozemail.com.au
www.coastgis.org

13.-19.8., Hamburg

24. Internationaler Ornithologen-Kongress (IOS)

Vogelwarte Helgoland, Wilhelmshaven
Tel. 04421 / 9689-0, Fax -55
eMail: ifv@ifv.terramare.de
www.i-o-c.org

20.-26.8., Wien

Versteckte Kräfte - mikrobielle Populationen in Aktion

Symposium; ISME
Tel. 04122-9080488, Fax -7322850
isme@kenes.com
www.kenes.com/isme

4.-6.9., Bologna, Italien

Modellierung, Kontrolle, Management der Gewässerverschmutzung

Konferenz; Wessex Institute of Technology, Charlotte Bartlett
Tel. 0044 238 029-3223, Fax -2853
cbartlett@wessex.ac.uk
www.wessex.ac.uk/conferences/2006/water06

6.-8.9., Bologna, Italien

Nachhaltiger Tourismus 2006

Konferenz; Wessex Institute of Technology, Rachel Green
Tel. 0044 238 029-3223, Fax -2853
rgreen@wessex.ac.uk
www.wessex.ac.uk/conferences/2006/tourism06

12.-14.9., Brüssel

Europäische Erneuerbare-Energien-Politik

Konferenz; Europäischer Rat für Erneuerbare Energien (EREC)
Tel. 0032 / 254619-33, Fax -34
conference@erec-renewables.org
www.erec-renewables.org

18.-20.9., Gdansk, Polen

Innovationen und Initiativen an der Küste

Konferenz; Technische Universität Gdansk
Tel. 0048 58 / 34-72455, Fax -86024
littoral@zie.pg.gda.pl
www.littoral2006.gda.pl

15.-20.10., Venedig, Italien

Veränderungen in Mündungen und Lagunen messen und managen

Internationale Konferenz; Universität Venedig
Tel. 0039 41-2347739, Fax -5281494
ecsa2006@unive.it
http://venus.unive.it/ecsa2006

22.-24.10., Ottawa, Kanada

7. Welt-Ökosteuer-Konferenz

Universität Ottawa
Tel. 0613 / 5625700
envconf@uottawa.ca
www.environmental-tax-conference.uottawa.ca
(db, ez) ■

Sonderhefte zum EU-Rundschreiben

Mit jeder EUR-Ausgabe erscheint in der Regel ein thematisches EUR-Sonderheft. Alle Sonderhefte können im Internet heruntergeladen werden (PDF-Download, ca. 200-500 kB):
www.dnr.de/eur („Bisherige Ausgaben“)
oder
www.eu-koordination.de („Publikationen“)

Titel/Thema	Ausgabe
EU-Dienstleistungsrichtlinie bedroht Daseinsvorsorge und Umweltrecht	01.06
Abschalten, umschalten, einsparen: Wohin steuert die Energiepolitik?	12.05
Marktwirtschaftliche Instrumente: Ökosteuern und Emissionshandel	11.05
Europa weiterdenken: Verfassungsdebatte als Chance nutzen!	10.05
Ihre Rechte in der EU-Umweltgesetzgebung: Ein Wegweiser	08/09.05
Für eine starke EU- Chemikalienpolitik ... alles über REACH	06/07.05
Die europäischen Umweltverbände: Ein Nachschlagewerk	05.05
Biodiversität, Zugang zu genetischen Ressourcen und Vorteilsausgleich	03/04.05
Sieben thematische Strategien für eine bessere Umweltpolitik	02.05
Die neue Europäische Kommission: Barrosos Team tritt an	01.05
Biodiversität auf der politischen Agenda: Ist die Vielfalt noch zu retten?	11/12.04
Europas Meere: Geschützte Vielfalt oder Müllkippe und Selbstbedienung?	09/10.04
Die Århus-Konvention: Mehr Rechte für Umweltverbände	08.04
Nachhaltigkeitsstrategien: Ökologisch, sozial und wettbewerbsfähig?	07.04
Das Transeuropäische Verkehrsnetz: Ist der Zug abgefahren?	06.04
Welche Energien brauchen wir?	05.04
Wasser: Globale Ressource - schützenswertes Gut	04.04
Umweltpolitik und Parteien in den neuen Mitgliedstaaten	02/03.04
Europäische Verfassung gescheitert?	01.04
Natura 2000: Vision und Umsetzung des europäischen Naturschutzes	12.03
Umweltverbände zur Europawahl 2004	11.03
Grüne Gentechnik: Verunreinigtes Saatgut, Verbraucherschutz, Aktionen	10.03
Die Regierungskonferenz zur EU-Verfassung	09.03
Die 5. WTO-Ministerkonferenz in Cancún	08.03
Europäische Chemikalienpolitik	07.03
Weltweite Regeln für globale Unternehmen	06.03
Europäische Umweltministerkonferenz Kiew 2003	04/05.03
Der Stand der EU-Erweiterung	03.03
Reformdebatten in der EU (2): Der Verfassungskonvent	02.03
Reformdebatten in der EU (1): Der EURATOM-Vertrag	01.03

EU-Sitzungstermine**Österreichische Ratspräsidentschaft
1. Halbjahr 2006 (1.1.-30.6.)****Ministerrats-Sitzungen (Auswahl)****Februar**

14. Wirtschaft und Finanzen
20./21. Inneres und Justiz
20./21. Landwirtschaft und Fischerei
23. Erziehung, Jugend und Kultur
27./28. Allgemeiner Rat der Außenminister

März

9. Umwelt
10. Gesundheit
10. Beschäftigung und Soziales
14. Wirtschaft und Finanzen
20./21. Allgemeiner Rat der Außenminister
20./21. Landwirtschaft und Fischerei
23./24. Europäischer Rat (Gipfel)
27./28. Verkehr, Telekommunikation, Energie

April

- 10./11.* Allgemeiner Rat der Außenminister
25.* Landwirtschaft und Fischerei
27./28.* Inneres und Justiz

Mai

5. Wirtschaft und Finanzen
15./16. Allgemeiner Rat der Außenminister
18./19. Erziehung, Jugend und Kultur
22./23. Landwirtschaft und Fischerei
29./30. Wettbewerb

Juni

- 1.-3.* Inneres und Justiz
1.-3.* Beschäftigung, Soziales, Gesundheit und Verbraucherschutz
7.* Wirtschaft und Finanzen
8./9.* Telekommunikation, Energie
12./13.* Allgemeiner Rat der Außenminister
15./16. Europäischer Rat (Gipfel)
19./20.* Landwirtschaft und Fischerei
26./27.* Allgemeiner Rat der Außenminister
26./27.* Umwelt
29.* Wettbewerb
* in Luxemburg (sonst in Brüssel)

Neuer Service**Hintergrundinformationen zu den
Tagesordnungen der EU-Ministerräte**

Mit kurzen Hintergrundinformationen wollen wir Sie über umweltrelevante Themen auf den Tagesordnungen der verschiedenen EU-Ministerratsitzungen und der halbjährlichen Gipfeltreffen des Europäischen Rates informieren. Wenn Sie Interesse haben diese digitalen Hintergrundinformationen zu erhalten, wenden Sie sich bitte an

Christina Drees
Tel. 030 / 443391-38
eMail: eur3@dnr.de

**Plenarwochen/Plenartermine des
Europäischen Parlaments**

1.-2.2.*, 13.-16.2.,
13.-16.3., 22.-23.3.*,
3.-6.4., 26.-27.4.*,
15.-18.5., 31.5.*,
1.6.*, 12.-15.6.,
3.-6.7.,
4.-7.9., 25.-28.9.,
11.-12.10.*, 23.-26.10.,
13.-16.11., 29.-30.11.*,
11.-14.12.

* in Brüssel (sonst in Straßburg)
(mb) ■

• Weitere Informationen

www.europa-digital.de/aktuell/kalender

Wochenkalender („Diese Woche in Brüssel“):
www.europa-digital.de/aktuell/wochenschau

Österreichische Ratspräsidentschaft:
www.eu2006.at

Hintergrund-Informationen zu den umweltrelevanten Ministerrats-Sitzungen:
DNR, EU-Koordination, Nika Greger,
Grünes Haus, Prenzlauer Allee 230,
10405 Berlin
Tel. 030 / 443391-86
eMail: nika.greger@dnr.de
www.eu-koordination.de

Tagesordnungen und weitere Informationen zu den Plenarsitzungen des Europäischen Parlaments:
http://www.db.europarl.eu.int/ep/owa/p_calses.plenary?ilg=DE

Umweltausschuss-Sitzungen**Sitzungen des Umweltausschusses des
Europäischen Parlaments 2006****Februar**

- 21.2. 15-18.30 Uhr
22.2. 9-12.30 und 15-18.30 Uhr
23.2. 9-12.30 Uhr

März

- 21.3. 11-12.45 und 15-18.30 Uhr

April

- (18.4. 15-18.30 Uhr)
(19.4. 9-12.30 und 15-18.30 Uhr)
24.4. 15-18.30 Uhr
25.4. 9-12.30 Uhr

Mai

- 3.5. 15-18.30 Uhr
4.5. 9-12.30 und 15-18.30 Uhr
29.5. 15-18.30 Uhr
30.5. 9-12.30 Uhr

Juni

- 20.6. 15-18.30 Uhr
21.6. 9-12.30 und 15-18.30 Uhr

Juli

- 12.7. 15-18.30 Uhr
13.7. 9-12.30 Uhr
13.7. 15-18.30 Uhr

September

- 13.9. 9-12.30 und 15-18.30 Uhr
14.9. 9-12.30 Uhr

Oktober

- 3.10. 15-18.30 Uhr
4.10. 9-12.30 Uhr, 15-18.30 Uhr
10.10. 9-12.30 und 15-18.30 Uhr

November

- 20.11. 15-18.30 Uhr
21.11. 9-12.30, und 15-18.30 Uhr
27.11. 15-18.30 Uhr
28.11. 9-12.30 Uhr

Dezember

- (20.12. 15-18.30 Uhr)

Alle Sitzungen finden in Brüssel statt. Die Termine in Klammern sind vorbehaltliche Termine.

Quelle:

www.europarl.eu.int/comparl/envi/pdf/misc/envi_meeting_dates_2006.pdf

■

Weiterführende Informationen

Verweise auf frühere Ausgaben

In einigen Artikeln wird auf vorausgegangene Ausgaben verwiesen. Beispiel: EUR 06.03 als Hinweis auf Heft 6 des EU-Rundschreibens aus dem Jahr 2003.

EU-Rundschreiben im Internet

Im Internet finden sich unter der Adresse www.dnr.de/eur

- die aktuelle Ausgabe mit Inhaltsverzeichnis, Editorial, Terminen und vier ausgewählten Beiträgen
- bisherige Ausgaben ab Januar 2000 als Volltext-Archiv (PDF-Dateien)
- die Möglichkeit der Suche in Publikationen des DNR

Gegen Rückporto können die Materialien auch zugesandt werden.

Nach Umwelt-Themen geordnete Informationen aus dem EUR und anderen Quellen: www.eu-koordination.de

Dokumente der EU-Institutionen

Vorschläge der Europäischen Kommission für Richtlinien (RL) oder Verordnungen (VO) erscheinen unter Angabe des Jahrganges und einer laufenden Nummer als KOM-Dokumente.

Beispiel: KOM(93)680 ist der Kommissionsvorschlag für eine Richtlinie zur ökologischen Wasserqualität, veröffentlicht als Vorschlag 680 des Jahres 1993.

Verabschiedete Richtlinien oder Verordnungen tragen eine laufende Nummer. Beispiel: EWG/85/337 ist die Richtlinie zur Umweltverträglichkeitsprüfung, die als Nr. 337 im Jahre 1985 veröffentlicht wurde.

Wo bekommt man ein EU-Dokument?

Internet: www.europa.eu.int/eur-lex/lex/RECH_naturel.do

Gegen Entgelt: Bundesanzeiger Verlag, PF 10 05 34, 50445 Köln

Tel. 0221 / 97668-0, Fax -278

eMail: vertrieb@bundesanzeiger.de

Weitere Informationsquellen

Die wichtigsten Adressen sind unter jedem Beitrag angegeben. Darüber hinaus kann es sich lohnen, direkt bei der EU-Kommission, bei der Europäischen Umweltagentur (EEA), bei Abgeordneten des Europäischen Parlaments oder bei verschiedenen Informationsdiensten und Redaktionen nachzuerforschen (siehe nebenstehende Spalte sowie die vorhergehenden „Service“-Seiten).

EU-Institutionen, Adressen

Internetadresse aller EU-Institutionen

www.europa.eu.int (vieles auch deutsch)
EU-ABC: www.europa.eu.int/abc-de.htm

Einführung EU-Umweltpolitik

www.hiltrud-breyer.de/mep/themen/umweltschutz/index.html

Europäische Kommission

Rue de la Loi 200, B-1049 Brüssel
Tel. 0032 2 / 299-1111

Vertretung in Deutschland

Unter den Linden 78, 10117 Berlin
Tel. 030 / 2280-2000, Fax -2222
www.eu-kommission.de

Generaldirektion Umwelt

Ansprechpartnerin für Verbände/NGO:
Barbara Gessler, Berlin (s.o.)

Europäisches Parlament - EP

Rue Wiertz, B-1047 Brüssel
Tel. 0032 2 / 2842111, Fax -2306933
www.europarl.eu.int

Informationsbüro in Deutschland

Unter den Linden 78, 10117 Berlin
Tel. 030 / 2280-1000, Fax -1111

(Minister-)Rat der EU/Europäischer Rat

Rue de la Loi 175, B-1048 Brüssel
Tel. 0032 2 / 85-6111, Fax -7381
(Der Ministerrat tagt als Allgemeiner oder Fachministerrat [Agrar, Umwelt usw.]. Der Europäische Rat der Staats- und Regierungschefs tagt viermal jährlich als „EU-Gipfel“. Termine siehe Service-Seiten)

Ausschuss der Regionen - AdR

Rue Montoyer 92-102, B-1040 Brüssel
Tel. 0032 2 / 282-2211, Fax -2325

Wirtschafts- und Sozialausschuss

Rue Ravenstein 2, B-1000 Brüssel
Tel. 0032 2 / 5469011, Fax -5134893

Europäischer Gerichtshof - EuGH

Boulevard Konrad Adenauer, L-2925 Luxemburg; Informationsdienst (dt.):
Tel. 00352 / 4303-3255, Fax -2500

Vertretung Deutschlands bei der EU

Rue J. de Lalaing 19, B-1040 Brüssel
Tel. 0032 2 / 2381-811, Fax -978

Europäische Umweltagentur - EEA

Kongens Nytorv 6, DK-1050 Kopenhagen
Tel. 0045 3336-7100, Fax -7199
www.eea.eu.int

Europäische Verträge

Europäische Gemeinschaft/en - EG

Sammelbegriff für die Europäische Gemeinschaft (EG) und die Europäische Atomgemeinschaft (EAG/Euratom). Die ursprünglichen EG-Verträge wurden durch die Einheitliche Europäische Akte (1986/87) weiterentwickelt.

Europäische Union - EU

Durch Maastrichter Vertrag (1992/93) begründet, durch Amsterdamer Vertrag (1996/97) und Vertrag von Nizza (2001) weiterentwickelt. Ergänzt die supranationale EG („1. Säule“) durch die Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik (GASP; „2. Säule“) und die Polizeiliche und Justizielle Zusammenarbeit in Strafsachen („3. Säule“).

EU-Rechtsakte

Verordnung - VO

Europäisches Gesetz, das wie ein innerstaatliches Gesetz unmittelbar in jedem Mitgliedstaat gilt. Hat Vorrang vor nationalem Recht.

Richtlinie - RL

Europäisches Rahmengesetz, wird durch nationale Gesetze in innerstaatliches Recht umgesetzt. Dabei muss die Zielrichtung der Richtlinie beachtet werden.

Entscheidungen

Zur Regelung von Einzelfällen. Wie bundesdeutscher Verwaltungsakt.

Gesetzgebungsverfahren

1. EU-Kommission: Vorschlag
2. Europäisches Parlament:
In Umweltfragen meist Mitentscheidung, sonst Anhörung
3. Ministerrat: Mitentscheidung oder alleinige Entscheidung (meist mit qualifizierter Mehrheit, z. T. noch Einstimmigkeit)

Die wichtigsten Teile des EU-Rechts (EU-Amtsblatt, konsolidierte Versionen des geltenden Rechts, wichtige Vorschläge etc.) sind veröffentlicht im Internet: www.europa.eu.int/eur-lex/de (mit verschiedenen Suchfunktionen)

Mehr zu Institutionen, Abläufen, Begriffen: www.europa.eu.int/scadplus

Verbindungsstellen der UN in Deutschland

Umweltpolitik findet nicht nur lokal, regional, national und europäisch, sondern zunehmend auch weltweit statt. Zwar wird bisher vergeblich für eine Organisation gestritten, die mindestens genauso viel Einfluss und Entscheidungsmacht hat wie die Welthandelsorganisation WTO, aber auch jetzt gibt es schon zahlreiche Programme und Institutionen, die sich für die globale Umwelt einsetzen. Allein in Bonn arbeiten rund 500 UN-Mitarbeiter/innen für zwölf Organisationen, Programme und Büros der Vereinten Nationen. Hier eine Übersicht über Verbindungsstellen der Vereinten Nationen im Bereich Umweltpolitik und Nachhaltige Entwicklung in Deutschland:

Allgemein: RUNIC

Regionales Informationszentrum der Vereinten Nationen für Westeuropa, Verbindungsbüro in Deutschland, Haus Carstanjen, Martin-Luther-King-Str. 8, 53175 Bonn

Tel. 0228 / 815-2773, Fax -2777

eMail: info@runic-europe.org

www.runic-europe.org

Klima: UNFCCC

Sekretariat des Rahmenübereinkommens der Vereinten Nationen zu Klimaänderungen, Martin-Luther-King-Str. 8, 53175 Bonn

Tel. 0228/ 815-1000, Fax -1999

eMail: secretariat@unfccc.int

www.unfccc.int

Wüstenbildung: UNCCD

Sekretariat des Übereinkommens der Vereinten Nationen zur Bekämpfung der Wüstenbildung, Martin-Luther-King-Str. 8, 53153 Bonn

Tel. 0228 / 815-2000, Fax -2001

eMail: secretariat@unccd.int

www.unccd.int

Wandernde Tierarten: CMS

UNEP, Sekretariat des Übereinkommens zur Erhaltung der wandernden wild lebenden Tierarten, Martin-Luther-King-Str. 8, 53175 Bonn

Tel. 0228 / 815-2401, Fax -2449

eMail: secretariat@cms.int

www.cms.int

Wasservogel: AEWA

UNEP, Sekretariat des Abkommens zur Erhaltung der afrikanisch-eurasischen wandernden Wasservogel, Martin-Luther-King-Str. 8, 53175 Bonn

Tel. 0228 / 815-2413, Fax -2450

eMail: aewa@unep.de

www.unep-aewa.org

Kleinwale: ASCOBANS

UNEP, Sekretariat des Abkommens zur Erhaltung der Kleinwale in Nord- und Ostsee, Martin-Luther-King-Str. 8, 53175 Bonn

Tel. 0228 / 815-2416, Fax -2440

eMail: ascobans@ascobans.org

www.ascobans.org

Fledermäuse: EUROBATS

UNEP, Sekretariat des Abkommens zur Erhaltung der europäischen Fledermauspopulationen, Martin-Luther-King-Str. 8, 53175 Bonn

Tel. 0228 / 815-2421, Fax -2445

eMail: eurobats@eurobats.org

www.eurobats.org

Umweltbildung: UIE

UNESCO-Institut für Pädagogik, Feldbrunnenstr. 58, 20148 Hamburg

Tel. 040-4480410, Fax -4107723

eMail: uie@unesco.org

www.unesco.org/education/uie

Berufliche Bildung: UNEVOC

Internationales Zentrum der UNESCO für Berufsbildung, Görresstr. 15, 53113 Bonn

Tel. 0228 / 24337-0, Fax -77

eMail: info@unevoc.unesco.org

www.unevoc.unesco.org

Freiwillig im (Umwelt-)Einsatz: UNV

Freiwilligenprogramm der Vereinten Nationen, Martin-Luther-King-Str. 8, PF 26 01 11, 53153 Bonn

Tel. 0228 / 815-2000, Fax -2001

eMail: hq@unv.org

www.unv.org; www.unites.org

Umwelt und Sicherheit: UNU-EHS

Universität der Vereinten Nationen, Institut für Umwelt und menschliche Sicherheit, Görresstr. 15, 53113 Bonn

Tel. 0228 / 422855-02, Fax -99

eMail: infoehs@ehs.unu.edu

www.ehs.unu.edu

Umwelt und Gesundheit: WHO-ECEH

Weltgesundheitsorganisation, Europäisches Zentrum für Umwelt und Gesundheit, Görresstr. 15, 53113 Bonn

Tel. 0228 / 2094-0, Fax -201

eMail: info@ecehbonn.euro.who.int

www.euro.who.int/ecehbonn

Katastrophenschutz: ISDR-PPEW

Sekretariat der Vereinten Nationen für die Internationale Strategie zur Katastrophenvorsorge - Plattform zur Förderung von Frühwarnung, Görresstr. 30, 53113 Bonn

Tel. 0228 / 24988-10, Fax -88

eMail: isdr-ppew@un.org

www.unisdr.org/ppew

Ernährung: WFP

Welternährungsprogramm, Verbindungsbüro in Deutschland, Wallstr. 9-13, 10179 Berlin

Tel. 030 / 206149-0, Fax -16

www.wfp.org

Recht auf See: ITLOS

Internationaler Seegerichtshof, 22609 Hamburg

Tel. 040 / 35607-0, Fax -245

eMail: itlos@itlos.org

www.itlos.org

(jg) ■

• Weitere Informationen

Broschüre (engl./dt.) mit Erläuterungen zu den Aufgaben der einzelnen UN-Sekretariate und Verbindungsstellen (nur Bonn), 28 S., kostenlos; Hrsg./Bezug: RUNIC (siehe erste Spalte); Internet-Download (540 kB): www.runiceurope.org/german/deutschland/icons/un-bonn-brochuere.pdf

Verweise auf frühere EU-Rundschreiben

Das EU-Rundschreiben beschränkt sich in der Regel auf aktuelle Informationen. Daher wird in einigen Artikeln auf vorangegangene Ausgaben verwiesen, z. B. „siehe EUR 06.05“ als Hinweis auf Heft 6 des EU-Rundschreibens aus dem Jahr 2005. Verweise auf den Deutschland-Rundbrief des DNR (siehe rechte Spalte) sind ähnlich gehalten, z. B. „siehe DRB 11.04“. Alle älteren Ausgaben sind im Internet zugänglich (siehe Nebenspalte).

Aktuell informiert per eMail

www.dnr.de/infoservice

Für Rundschreiben-Abonent/innen sowie Fachleute und Interessierte aus DNR-Mitgliedsverbänden bieten wir kostenlos aktuelle eMail-Weiterleitungen zur EU-Umweltpolitik, verschiedenen EU-Ländern und weiteren Themen in deutscher Sprache an. Die Themen können selbst gewählt werden. Angebot und Bestellmöglichkeit: www.dnr.de/infoservice

EU-Rundschreiben im Internet

www.dnr.de/eur

heißt die Internetseite des EU-Rundschreibens. Dort finden Sie:

- die aktuelle Ausgabe mit Inhaltsverzeichnis, Editorial, Serviceteil und vier ausgewählten Beiträgen
- die bisherigen Ausgaben ab Januar 2000 als Volltext-Archiv (PDF-Dateien)
- die Möglichkeit der Suche in Publikationen des DNR

EU-Koordination des DNR im Internet

www.eu-koordination.de

Auf der Internetseite der EU-Koordination des DNR finden Sie ein EUR-Themenarchiv, Informationen über unsere laufenden und abgeschlossenen Projekte sowie Verzeichnisse von Publikationen, Veranstaltungen und Expert/innen - alles übersichtlich nach den verschiedenen EU-Umwelthemen gegliedert.

Hintergrundinformationen zu EU-Ministerratstagungen

Mit kurzen Hintergrundinformationen informieren wir per eMail über Umweltthemen auf den Tagesordnungen der EU-Ministerratssitzungen und der halbjährlichen Gipfeltreffen des Europäischen Rates. Abonent/innen und DNR-Mitglieder können bei der Redaktion bestellen.

Unsere weiteren Publikationen

Deutschland-Rundbrief, Forum Umwelt und Entwicklung Rundbrief

Informationen zur Umweltpolitik auf nationaler Ebene finden Sie im Deutschland-Rundbrief des DNR. Mehr zur globalen Umwelt- und Entwicklungspolitik finden Sie im Rundbrief des Forums Umwelt und Entwicklung, das vom DNR getragen wird. Wir senden Ihnen gern kostenlose Probeexemplare. Probelesen und Archiv im Internet: www.forumue.de/forumaktuell/rundbriefe www.dnr.de/drbb

EUR-Abo

Abonnieren Sie das EU-Rundschreiben des Deutschen Naturschutzinges

Ich bestelle das EU-Rundschreiben **ab Ausgabe:**

als Privatperson

- 41 Euro pro Jahr im eMail-Versand
- 52 Euro pro Jahr für das gedruckte Heft*
- 57 Euro pro Jahr für das Heft* plus eMail

für eine Organisation

- 82 Euro pro Jahr im eMail-Versand
- 103 Euro pro Jahr für das gedruckte Heft*
- 113 Euro pro Jahr für das Heft* plus eMail

* zzgl. 26 Euro Zusatzporto bei Auslandsversand

als Förderabonnement

- 180 Euro oder mehr pro Jahr - bitte Betrag und Bezugsart angeben: (Differenzbetrag zum Abonnement als Spende absetzbar)

- Zahlung per Bankeinzug**
Kontonummer:

Absender/in

Vorname, Name:
ggf. Organisation:
ggf. Funktion:
Straße/PF:
PLZ, Ort:
Tel./Fax:
eMail:

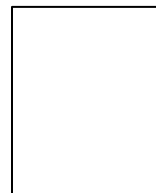
Geldinstitut:
Bankleitzahl:

- gegen Rechnung** an die oben angegebene / folgende Adresse:

2006



EUR-Abo



Deutscher Naturschutzring
Redaktion EU-Rundschreiben
Prenzlauer Allee 230
10405 Berlin